

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg. (ohne  
Postgebühren) bei Zusendung unter Kreuzband  
1,20 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 25.

Berlin, den 23. Juni 1907.

8. Jahrgang.

## Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

### Inhaltsverzeichnis.

**Unfallverhütung.** — Die „gelben“ Gewerkschaften in Frankreich. — Zum Entwicklungsprozess der Sozialdemokratie. — Rundschau: Die Neuregelung des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Ein 87-jähriger Streik. Die Gewerkschaften und die Partei. Ein Zwischenfall. Die katholischen Gesellenvereine. Zur Charakteristik Girsch-Dunderscher Führer. Was sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte vom christlichen Gewerkschaftswesen wissen. — Wirtschaftliche Bewegung. — Freiheit, die wir wollen. — Knechtschaft, die ich habe. — Aus dem vergessenen Lande. — Soziale Rechtsprechung. — Verbandsnachrichten: Braunschweig. Sozialdemokratischer Terrorismus. Grätz. Hagen. Dortmund. Rappoldsweller. Duisburg-Beep. Düren. Wengern. Bischofsburg. Rüders. Emden. Tapolau. Schleich. Buchholz. Wachen. Münster. — Dysfunktionalität. — Christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Die Missungsverhältnisse des Betons. — Gerichtliches. — Wagnisfall. — Literarisches. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Anzeigen.

### Unfallverhütung.

Der moderne Industriebetrieb bringt für die Arbeiter, namentlich aber mit der Steigerung der Intensivität der Arbeitsweise, die verschiedensten spezifischen Gefahren mit sich, die in ihrer Häufigkeit und Härte wieder voneinander abweichen, je nach der Art des einzelnen Industriezweiges. Trotz aller Bemühungen nun, durch besondere Unfallverhütungsvorschriften und Vorschriften die Häufigkeit der Unfälle zu vermindern, haben sich von Jahr zu Jahr diese mit prozentual, sondern auch absolut vermehrt, und lassen sich immer den wünschenswerten genügenden Maß vermindern. Am bemerklichsten ist aber, daß ein wesentlicher Teil der Unfälle auf das Konto eigener Fahrlässigkeit der Arbeiter geschrieben werden muß, und man wird nicht fehlgehen, wenn man diesen Anteil mit einem Drittel aller Unfälle berechnet.

Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1906 scheinen der Frage, wie bisher schon der Unfallverhütung besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird und in Zukunft noch mehr gewidmet werden kann, besonderes Interesse zugewandt zu haben. Am besten gibt wohl der Beamte für den Bezirk Berlin das Verhalten wieder, das die Arbeiter den Schutzvorschriften gegenüber an den Tag legen. Hier heißt es:

Dem Werte und der Bedeutung der Schutzvorrichtungen wird von den Arbeitern leider noch vielfach nicht das wünschenswerte Verständnis und Interesse entgegengebracht, häufig werden sogar Schutzvorrichtungen, weil der Arbeit angeblich hinderlich, entfernt oder unbrauchbar gemacht. Insbesondere trifft diese Wahrnehmung für Holzbearbeitungs-Werkstätten und solche Schutzvorrichtungen zu, die vor Beginn der Arbeit erst eingestellt werden müssen. Die erwiesene Gleichgültigkeit vieler Arbeiter gegen den Unfallschutz läßt sich nur aus der einformigen mechanischen Beschäftigung, der Abstumpfung gegen die Gefahr und dem Drange nach höherem Verdienste erklären, der bei der meist üblichen Akkordarbeit durch gewissenhafte Benutzung der Schutzvorrichtungen geschmälert erscheint.

Man kann also das gleichgültige Verhalten der Arbeiter mit aller Schärfe beurteilen, es aber aus den in dem letzten Satz angebeuteten Gründen sich wohl erklären. Wichtiger aber als alles dieses ist die Frage, wie läßt sich durch ein Zusammenarbeiten der verschiedensten Faktoren das Ziel eines besseren Schutzes von Leben und Gesundheit erreichen, und welche Wege sind dabei im besonderen einzuschlagen.

Daß dabei in erster Linie die Mitarbeit der Arbeitgeber nicht entbehrt werden kann, betont treffend der Beamte für den industriereichen Düsseldorf-Bezirk, indem er sich wie folgt ausdrückt:

Die wirksamste Unterstützung findet das Bestreben, das Interesse der Arbeiter an der Unfallverhütung zu wecken, naturgemäß in der verständnisvollen Mitarbeit der Arbeitgeber und ihrer Beamten. Die häufig zu findenden Hinweise auf die sorgfältige Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften in den Arbeitsordnungen, selbst Androhungen von Strafen bei Nichtbeachtung, sind allein wenig wirksam. Wenn einige Arbeitsordnungen von den älteren Arbeitern verlangen, daß sie Hinweise auf die Gefahren des Betriebes hinweisen und befehlen sollen, so wird dieser berechtigten Wunsch doch meist unbeachtet bleiben, sofern nicht eine fortdauernde und unermüdete Einwirkung durch ihre Betriebsvorgesetzten damit Hand in Hand geht.

Die Unfallverhütung zu fördern, hat man seitens der Arbeitgeber auf den verschiedensten Wegen versucht. So sind die Arbeiterausschüsse zur Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften herangezogen worden, man

hat zu diesem Zwecke besondere Kommissionen eingesetzt usw. Wie speziell durch Aussetzung von Prämien aber an der Unfallverhütung wirksam mitgearbeitet werden kann, dafür führt der Trierer Beamte das folgende Beispiel an:

Eine besonders wirksame Mitarbeit der Arbeiter bei der Verhütung von Unfällen findet sich in den Betrieben eines größeren Hüttenwerkes. In diesem Betriebe ist die Einrichtung getroffen, daß das Ergebnis der aufgestellten Unfallstatistik vorwiegend als Grundlage für die Festsetzung und Verteilung der Jahresprämien an die Meister, Vorarbeiter und Arbeiter angesehen wird. Das geschieht derart, daß diejenigen Meister und Vorarbeiter, welche innerhalb des Jahres die wenigsten und leichtesten Unfälle in ihrer Betriebsabteilung aufzuweisen haben, ebenso wie diejenigen Arbeiter, die sich durch Umsicht und Aufmerksamkeit um die Verhütung von Unfällen verdient gemacht haben, die höchsten Prämien erhalten. Umgekehrt wird bei hoher Unfallziffer die Prämie niedriger bemessen. Die größere oder geringere Gefährlichkeit in den einzelnen Betrieben findet daneben volle Berücksichtigung. Daß diese Einrichtung sehr segensreich ist und gute Erfolge gezeitigt hat, zeigt eine Zusammenstellung der Unfälle in fünf gleichartigen Anlagen des Regierungsbezirks Trier, in welcher das eben genannte Hüttenwerk mit der Unfallziffer prozentual weit hinter den anderen zurückbleibt.

Nicht zum wenigsten kommen auch die Gewerbeaufsichtsbeamten und Berufsgenossenschaften dafür in Betracht, bei den Arbeitern das Interesse an der Unfallverhütung zu wecken und zu heben. Diesen beiden Faktoren weist wieder der Beamte für den Düsseldorf-Bezirk wie folgt die Wege:

Besonderer Wert ist auf die Einwirkung der Gewerbeaufsichtsbeamten bei Gelegenheit der Untersuchung von Unfällen an Ort und Stelle zu legen; auch gelegentliche Vorträge und Besprechungen bedeutender Unfälle und Hinweise auf bewährte Schutzvorrichtungen in den Zeitungen erscheinen empfehlenswert. Die Berufsgenossenschaften sind zwar bemüht, durch das Aushängen von Unfallverhütungsvorschriften die Arbeiter über die Unfallgefahren aufzuklären; leider bleiben diese jedoch den Arbeitern meist unbekannt, weil viele die Vorschriften nicht einmal durchlesen. Der Vorschlag, diese mindestens zweimal jährlich in den einzelnen Betrieben den Arbeitern vorzulesen, erscheint beachtenswert.

Speziell den Gewerbeaufsichtsbeamten wird man gerne das Zeugnis ausstellen, daß sie es trotz großer sonstiger Inanspruchnahme an Bemühungen nicht haben fehlen lassen, durch Vorträge in Organisationen, auf Bildungskursen oder wo sich ihnen sonst eine Gelegenheit bot, im Sinne einer Hebung des Verständnisses für eine bessere Unfallverhütung bei den Arbeitern tätig gewesen zu sein.

Ganz besonders kommen aber bei der Unfallverhütung die Arbeiter selbst und ihre Organisationen in Betracht. Und da wird wiederholt hervorgehoben, daß speziell letztere sich durch Aufdeckung von Mißständen, Belehrung ihrer Mitglieder, Angabe praktischer Maßnahmen ein großes Verdienst erworben haben. Der Düsseldorf-Beamte glaubt dabei aber nicht verschweigen zu sollen, daß bei der Publikation von Mißständen in der Tagespresse der Wunsch, eine Verminderung der Unfallgefahren herbeizuführen, anscheinend nicht immer allein das treibende Element war. Wie speziell auch durch Pflege der Unfallstatistik die Arbeiterorganisationen an der Unfallverhütung mitarbeiten können, dafür nennt der Breslauer Beamte das folgende Beispiel:

Im Berichtsjahre hat nun auch die Abteilung des Deutschen Holzarbeiterverbandes damit begonnen, eine Statistik der Unfälle aufzunehmen, welche sich in den Betrieben, in denen ihre Mitglieder beschäftigt sind, ereigneten. Diese Statistik kann in erster Linie deswegen neben den amtlichen und berufsgenossenschaftlichen Zählungen eine selbständige Bedeutung für sich in Anspruch nehmen, weil sie außer der Schwere und der Art der Unfälle auch den Wochentag und die Stunde, in welcher sie sich zugegetragen, verzeichnet. Dann aber muß dieses Vorgehen darum begrüßt werden, weil durch diese Statistik, welche selbst aufzunehmen die Arbeiter von ihrer Gewerkschaft veranlaßt wurden, die Aufmerksamkeit in intensiver Weise auf den Gegenstand gelenkt und ihnen Anlaß zu besonderer fortgesetzter Aufmerksamkeit und Vorsicht gegeben wird. Außerdem aber kommt in Betracht, daß die Stimme einer gut organisierten Arbeiterschaft nicht ohne Einfluß sein kann auf das Verhalten eines jeden auf einen friedlichen Fortgang seines Gewerbes bedachten Unternehmers.

Vorstehend konnten nur einige lehrreiche Einzelheiten aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgehoben werden. Den Arbeiterorganisationen bleibt es nun überlassen, auf Grund des in den Berichten enthaltenen reichen Materials und der eigenen Erfahrungen durch Vorträge in den Zählstellen, auf Kursen usw. die Arbeiter über die Unfallgefahren und über das richtige Verhalten gegenüber denselben näher aufzuklären. Die

Arbeiter vor der Unfallgefahr immer mehr zu bewahren, die von Jahr zu Jahr steigend über sie herföhrt und Tausende von Menschenleben nicht allein bedroht, sondern auch Familien in Not und Bedrängnis bringt, ist eine Arbeit, die allen Schweißes wert ist. Die Gewerkschaftsarbeit erschöpft sich nicht lediglich in der Regelung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse; die oben gezeichnete Aufgabe ist eine minder wichtige Gewerkschaftsarbeit!

### Die „gelben“ Gewerkschaften in Frankreich.

Frankreich ist das Stammland der sogenannten „gelben“ Arbeiterorganisationen. Nachdem man es nun versucht hat, dieses Gewächs auch nach Deutschland zu importieren, um hier unter dem Namen sogenannter reichstreuere Arbeitervereine oder Werkvereine unnötig zur weiteren Zerplitterung der Arbeiterbewegung beizutragen bzw. die Arbeiter um ihr Koalitionsrecht zu bringen, dürfte es wohl angezeitigt sein, die Meinung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands über diese „gelben“ französischen Arbeiterorganisationen zu vernehmen. Das erscheint um so notwendiger, als kürzlich in einem Teil der Presse letztere eine günstige Beurteilung erfuhren, die sich in keiner Weise deckt mit den Ansichten, die man in offiziellen christlichen Gewerkschaftskreisen über sie hegt. In einer Artikelserie, die Ende vorigen Jahres das offizielle Organ der christlichen Gewerkschaften, das „Zentralblatt“, aus fachverständiger Feder und auf Grund authentischen Materials über die „Gelben“ Frankreichs brachte, heißt es hier (Nr. 22) über die bemerkenswerte Persönlichkeit des Hauptführers der „Gelben“, Biétrý:

Pierre Biétrý war organisierter Sozialdemokrat gewesen. Der Direktor des „Vie catholique“, Abbé Pierre Dabry, sagt in seinem Schriftchen „Ce qu'est Biétrý“ („Was Biétrý ist“) von ihm, daß er ein wührender Sozialist gewesen. Als im November 1899, nachdem Millerand in das französische Ministerium eingetreten war, die Streikperiode einsetzte, und der Plan auftauchte, nach Paris zu marschieren, um die Revolution einzuleiten, stand Biétrý in den vordersten Reihen. Er war damals schon Werkmeister bei dem reichen Uhrenfabrikanten Japh (ein eifriger Förderer der „Gelben“, D. Red.) im Doubs. Es ist zwar nicht nachweisbar, daß er in der damaligen Streikbewegung bereits die Rolle eines Spitzels und „Agent provocateur“ gespielt hat. Tatsache ist, daß er es in den zwei folgenden Jahren noch als sozialistisches Parteimitglied gewesen ist. Auf dem Sozialistenkongress zu Jurb (3. Nov. 1901) wurde Biétrý als Verräter entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen. Zur selben Zeit schloß ihn auch die Genossenschaft der Uhrenarbeiter zu Balebé aus ihren Reihen aus. Letztere wollte, wie sie nachträglich erklärte, gegen den Ausgestoßenen keinen Strafantrag stellen „in der sicheren Hoffnung, daß er sich irgendwo anders erweisen lassen würde.“ Nun ging Biétrý zu den „Gelben“ und führte sich da durch eine Vortragsreise im Norden und Osten Frankreichs ein. Ueberall stellte er sich als Neubefehrer vor, legte ein antisozialistisches Glaubensbekenntnis ab und ließ im bekannten Konvertitenregister sein gutes Haar an dem, was er früher für heilig gehalten. Schon nach drei Monaten war er Lanvois (des Begründers der „Gelben“, D. R.) Generalsekretär und strich, wie er selbst zugegeben hat, 750 Frs. pro Monat an Gehalt ein.

Der Verwaltungsrat, so sei im Anschluß daran bemerkt, schloß ihn bereits nach sechs Monaten wieder aus, weil er als Sekretär Lanvois die von großindustrieller Seite gespendeten 100 000 Frs. zu schnell verpulvern half. Nur unter Hilfe von Japh gelang es ihm, als Dissidenten die Gründung Lanvois zu zerstreuen und die heutige „gelbe“ Bewegung zu schaffen.

Zusammenfassend urteilt das Zentralblatt über die Gelben Frankreichs:

Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands müssen es entschieden ablehnen, mit einer derartigen Bewegung, wie die der Gelben Frankreichs identifiziert zu werden; sie können mit „gelben Gewerkschaften“, wenn das Wort angebracht ist, keine Gemeinschaft haben.

Man kann das Entstehen einer nichtsozialistischen, ja sogar einer ausgesprochen antisozialdemokratischen Bewegung unter der französischen Arbeiterschaft, wie in anderen Ländern auch, als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen, und doch eine gelbe Bewegung in aller Schärfe ablehnen. Die Injenzierung losplöser, pusillartiger, revolutionärer und politischer Streiks, wie sie in Frankreich an der Tagesordnung sind, mußte die noch nicht parteipolitisch versimpelte Arbeiterschaft zu energischem Protest ausrufen. Gegenüber der Tyrannie sozialistischer Streikführer und den terroristischen Mäulen der politischen Demonstranten mußte in der Tat die Freiheit der Gesinnung und der Willens-

entwässerung durch Gegenorganisation hergestellt werden. Sollte diese aber der Arbeiterchaft zum Teile gereichen, dann drückt sie nicht nur negative Ziele, sondern einen positiven, sozialfortschrittlichen Inhalt haben. Das aber haben die heutigen gelben Organisationen nicht. Sie wollen zwar eine soziale Organisation sein, aber es fehlt den Hintergründen der sozialen Anschauung. Die Gegenorganisation mußte den freiheitlichen Sozialismus wie den menschenrechtenden Kapitalismus gleichermaßen bekämpfen. Das tun die Gelben nicht. Sie bewegen sich in liberalen, antisozialen, kapitalistischen Gedanken. Damit haben sie sich dem Kapitalismus gegenüber selbst entworfen. Die Schwärzer, die sie gegen ihn erheben, sind aus Hapke; sie wollen, und das betonen sie ja oft und eindringlich genug, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, und zwar in Theorie und Praxis. Sie haben sie, in der Theorie wenigstens, gefunden, aber durchaus auf Kosten der Arbeit. Beweis: ihre schwächliche Haltung in allen Fragen, die das Verhältnis der Arbeiter zum Arbeitgeber betreffen. Die Gelben sind mit den Vertretern des kapitalistischen Liberalismus eins in der Verwerfung aller sozialistischen Gedanken. Aber sie bleiben auf kapitalistischem Boden stehen. Sie suchen nicht nach Ausgleich zwischen Sozialismus und Kapitalismus, nach dem Ausgleich, den wir in den christlichen Gewerkschaften Deutschlands gefunden.

In der Zeitschrift „Le Sillon“ („Die Furche“), dem Organ der Christlich-Demokraten Frankreichs, wurde (Juli-Nummer 1906) folgende Parallele zwischen den Gelben und den Roten gezogen:

Die Gelben betonen, wie die Roten die Unfähigkeit der Arbeiter, ihre Interessen allein vertreten, sich selbst Organisationen zu gründen und allein verwalten zu können. Auf beiden Seiten ist fremde Einmischung, fremde Leitung und Geld. Mit den Gelben zeigt sich außerdem noch der Einfluß der Arbeitgeber bis zum Graß. Die Abhängigkeit der Gelben gegenüber den Arbeitgebern ist da. Wir erinnern uns, I. B. am Schlusse eines gelben Kongresses, die Klagen einiger armer Arbeiter gehört zu haben, die weither gekommen waren, um die Forderungen ihrer Organisation zu vertreten. Sie fanden sich zerstreut in Kommissionen, in denen die Arbeitgeber die Zweidrittelmehrheit hatten. Ihre recht praktischen Vorschläge wurden mit Lächeln aufgenommen und enttäuscht gingen sie nach Hause. Die Arbeiter können ihre Interessen nur vertreten, wenn sie unabhängig sind. Die Subventionen (an die Gelben) mögen von dem einen gut gemeint sein, der andere erblickt in ihnen eine Versicherungspolice gegen den Streik oder gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Diese Subventionen werden (von den Gelben) nicht nur angenommen, sie werden provoziert mit allen erlaubten Mitteln, einschließlich der Subscriptionsliste und der Hauskollekte.

Das, was die Gelben mit vollem Recht an den sozialdemokratischen Gewerkschaften tadeln, daß sie ein Werkzeug in der Hand der Politiker sind, das sind sie selbst geworden. Das, was sie stark gemacht hätte gegenüber den „Roten“, haben sie an konservative und royalistische Politiker und Abenteurer verpfändet — ihre parteipolitische Neutralität und ein entschiedenes Wollen in der Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die Gelben sind und werden immer mehr Werkzeuge der konservativen Politik. Was an ihnen gelobt wird, ist die negative Seite ihrer Tätigkeit, ihr Antisozialismus. Diejenigen, die diese Bewegung unterstützen, haben sie wirklich die Verfeinerung des Arbeiterlozes, die Unterstützung ihrer unentbehrlichen Forderungen im Auge oder erwarten sie nicht von ihr eine andere Ordnung als die berufliche?

heißt es in der obengenannten Nummer des „Sillon“, und Marc Sognier, der Führer der Sillonisten, führte in

einer Rede in Brüssel im August v. J. denselben Gedanken aus, indem er sagte:

„Ich hätte es für gefährlich, wenn eine gewisse Anzahl alter Generale, reicher Bürger, Arbeitgeber und selbst Intellektuelle sich an die Arbeiter wenden und ihnen sagen: „Meine Freunde, organisiert euch, gründet Gewerkschaften, wir helfen euch mit unserem Geld, und mit unserem Segen werdet ihr stärker sein, wie die Roten. Die Arbeiter müssen Vertrauen auf ihre eigene Kraft erhalten und sich selbst erheben. Wir haben zu der Zeit des Boulangerismus, Nationalismus solche Gruppen sich um einen Mann oder eine Partei, ja, und für kurze Dauer, bilden sehen. Bewegungen, die zu oberflächlich waren, um uns nicht mißtraulich zu machen. Die royalistischen (antirepublikanischen) Bestrebungen, die uns bekämpfen, vergöttern Blödy, selbst wenn er dasselbe sagt, wie wir.“

Der Herausgeber der Zeitschrift „Justice Sociale“ („Soziale Gerechtigkeit“), Abbé Raubet, der anfangs den „Gelben“ nicht unsympathisch gegenüberstand, ließ den Abbé Dabry später kurz und bündig schreiben: „Eine vulgäre Wahlmache im Dienst der schlimmsten Reaktionen.“

Von denen aber, die guten Glaubens die gelbe Bewegung mitmachen, sagt die Zeitschrift „Sillon“ ganz richtig: Die Leute haben einen „maßlosen Geschmack für politische und soziale Abenteuer, die ihnen für ein paar Tage die Illusion der Aktivität und die Hoffnung auf Segen ohne Mühe geben.“

So urteilen, so schließt das „Zentralblatt“ seine Gesamtansicht über die „Gelben“, Männer über Ursprung, soziale und politische Tendenz, über Gründer und Förderer der „gelben“ Bewegung, die alles aus nächster Nähe zu sehen Gelegenheit haben. Wer sich in der „gelben“ Literatur umsieht, wird diese verwerfenden Urteile verständlich finden und sich rückhaltlos auf ihre Seite stellen.

Die Bewegung der „Gelben“ Frankreichs ist mit einer entgegengesetzten Arbeiterbewegung nicht zu tun. Sie kann keine Zukunft haben, weil sie in ihrer positiven Seite zu schwach entwickelt, weil ihr sozialer Zweck kühlpelhaft, die ganze Bedeutung nicht Selbstzweck ist.

## Rundschau.

### Die Neuregelung des Vereins- und Versammlungsrechtes.

Wie die Tagespresse mitteilt, ist der Entwurf für ein Reichsgesetz zur Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes im Reichsamt des Innern in seinen Grundzügen fertiggestellt, so daß die Beratungen mit den übrigen Reichsressorts beginnen können. Die Angelegenheit dürfte so beschleunigt werden, daß der Entwurf noch vor dem Beginn der Ferien dem preussischen Staatsministerium zur Begutachtung vorgelegt werden kann. Es kann also mit Sicherheit angenommen werden, daß der Reichstag bei seinem Zusammentritt im Spätherbst den Gesetzentwurf zur Beratung vorfindet. Wesentlich entspricht er den gestellten Forderungen.

### Ein 37-jähriger Streik.

Nach 37-jähriger Dauer wurde dieser Tage in Solingen ein Streik aufgehoben. Im Jahre 1870 verhängte der Scherenscheißerverein über die Firma Karl Oßiger, die das vereinbarte Preisverzeichnis (Stüchlohn) nicht anerkannt hatte, den

Streik, und dieser Streik wurde in der ganzen langen Zeit aufrecht erhalten. Die Firma vermachte sich aber mit den Unorganisierbaren zu befehlen, bis vor kurzem die Gründung des Inbauseverbands ermöglicht und auch die anderen dem Verbande angeschlossenen Gewerkschaften den Streik über die Firma O. verhängten. Nunmehr wurden erneut Verhandlungen aufgenommen, die zur Anerkennung des Preisverzeichnis und zur Zahlung einer „Kriegskostenabfindung“ seitens der Firma führten. Der Streik wurde darauf beendet. — Mit diesem Ausfall von Streik ist die Dauer des dreißigjährigen Streikes überholt und jedenfalls der Rekord geschlagen.

### „Die Gewerkschaften sind die Varieté“

So erklärte auf dem diesjährigen Verbandstage des „freien“ Metallarbeiterverbandes in München der Verbandsvorsitzende Schilde. Zur schärferen Dokumentierung dieses Satzes wünscht in der sozialistischen „Neuen Gesellschaft“ (Nr. 10) der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Bielefeld, Severing, eine weitere Personation der beiderseitigen Führer. Speziell für den von ihm vertretenen „freien“ Metallarbeiterverband verlangt er:

Die größte deutsche Gewerkschaftsorganisation muß, wo es irgend angeht, in der Gesetzgebung vertreten sein, nicht aus den Gründen, welche die Verfechter der — Gott sei Dank — feige entschärfenden Theorien der „neuen“ Arbeiterpartei seinerzeit auführten, auch nicht in erster Linie, um die Erfahrungen im Bereiche in der Gesetzgebung praktisch verwenden zu können, sondern um die beste Kampfsgemeinschaft zwischen Metallarbeiterverband und Sozialdemokratie auch äußerlich zum lebendigen Ausdruck zu bringen.

Demnach scheint bei manchen Leuten letzteres wichtiger zu sein, als die Ausbarmachung praktischer Erfahrungen in der Gesetzgebung.

Damit wird zugleich bestritten, daß es weder den freien Gewerkschaftsführern noch der Sozialdemokratie auf praktische Arbeit ankommt. Wenn dann aber nächstens „freie Gewerkschaft“ und „Sozialdemokratie“ bei wirtschaftlichen Kämpfen wieder in einen Topf geworfen werden, dann der Hammer, daß man nicht zu unterschieden versteht. Severing bringt sich in gute Schimeluna, er kommt „einen nach oben“.

### Ein Zwischenfall.

Herr Bauer fordert uns auf Grund des Preßgesetzes auf, folgende Berichtigung zu erteilen:

1. Es ist wahr, daß die beiden Arbeiter bei dem Maschinenbau in Bielefeld wegen grober Faustheit entlassen worden sind. Das ist nicht der Polter zu bezeugen bereit. Ebenso ist dieses vom Gewerkschaftsführer anerkannt worden.

2. Es ist unklar, daß ich die beiden Arbeiter mit der Raffeeckanne bedroht habe. Das Greifen nach der Raffeeckanne war die Folge der unglaublichen Frechheit des einen der beiden Arbeiter.

3. Es ist eine grobe Unwahrheit zu behaupten, ich hätte dem Altkorbarbeiter empfohlen, sich mit Revolvern usw. zu versehen. Nicht ein einziges derartiges Wort habe ich gesagt. Wir erklären dem Herrn Bauer, daß wir von unseren aufgestellten Behauptungen nichts zurückzunehmen haben, wir hatten sie vielmehr nach wie vor aufrecht.

Weiter geht uns vom Charlottenburger Arbeiterverein folgende Zuschrift mit der Bitte um Aufsamme zu:

1. Es ist nicht zutreffend, daß irgend jemand „wegen seines Opponentens“ gegen den Vorsitzenden, welcher das alleinige Regiment im Arbeiterverein führen wollte, ausgeschlossen worden sei.

2. Es trifft nicht zu, daß in der fraglichen Sitzung „ein gewisser Mann“ Mitglied ausgeschlossen wurde.

## Entwicklungsprozeß der Sozialdemokratie.

So sehr die Sozialdemokratie nach außen hin gegen die Kritiken aus dem eigenen Lager sich den Anhängern zu geben sucht, als herrsche in letzter Linie in allen grundsätzlichen und tatsächlichen Fragen hier innere Einmütigkeit, so wenig sind derartige Versuche geeignet, den aufmerksameren Beobachter darüber hinwegzuführen, daß in ihr die Dinge in einer stetigen Wallung und Gärung begriffen sind. Nicht von ungefähr kommen daher neuerdings auch die Stimmen, die von der Partei im Interesse ihrer weiteren Ausbreitung, jedoch aber auch im Interesse ihrer Mitglieder mehr positive, sozialpolitische Arbeit fordern und, um diese zustande zu bringen, gar einen direkten Kontakt mit der einst weit zurückgewiesenen „einzigen reaktionären Masse“ das Wort reden; womit faktisch doch wohl zugegeben wird, daß es die Partei bis heute an dieser so sehr begehrten positiven sozialpolitischen Arbeit sehr hat fehlen lassen.

Besaglich der demnachstigen wirklichen Gestaltung der praktischen Politik braucht man diesen Symptomen nur nicht zu viel Beachtung zu schenken, und es wäre verfehlt, an diese gewisse Voraussetzungen zu knüpfen; man tut vielmehr gut, nach dieser Richtung die tatsächliche Stellungnahme der sozialpolitischen Reichstagsfraktion bei demnachstigen sozialpolitischen Gesetzesverhandlungen abzuwarten. Das aber in weiten Kreisen der Partei eine große Unzufriedenheit mit der bisherigen Fraktionspolitik der „Alten- und Nichtspolitiker“ besteht, und man von dieser für die Zukunft eine Schwächung im Sinne positiver, parlamentarischer Mitarbeit und damit eine Erweiterung ihrer praktischen Aufgaben erwartet, das tun jedenfalls diese Symptome der Gärung kund. Unter diesen Voraussetzungen nehmen wir auch Rücksicht auf einen eben erschienenen Sachführer eines sozialdemokratischen Intellektuellen, Dr. Jepsen, mit dem etwas übersichtlichen Titel: „Sozialdemokratische Demokratie“ (Berlin 1907, S. Waller 40 S.), in welchem sich der Verfasser an die Reichstags- und Württemberg-Verhandlungen ansetzt. Wege für Demokratie und Sozialismus aufzuweisen sucht.

So sehr man dabei die Schuld gegen den Parteivorstand in der sozialdemokratischen Verbandsversammlung und in der Reichstagsfraktion sucht, so wenig ist es möglich, die Partei heute schon als eine solche zu betrachten, die sich in der Richtung der sozialpolitischen Arbeit in eine für und nach die Sozialdemokratie hat. Die Sozialdemokratie ist von einer innerlichen Einigkeit weiter denn je entfernt. Es brodeln in ihr unaufhörlich Sorgen eine weise Regierung über eine verlässige Sozialreform dafür, den sozialpolitischen Wünschen der bedrängten Stände Rechnung zu tragen, dann wird nicht die Sozialdemokratie der zukünftigen Entwicklung den Stempel ausdrücken, sondern sie wird dieselbe vernünftiger Weise auf dem Wege der Ausbreitung lösen müssen.

unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ausüben kann. Hier tut sich für die Partei nun eine neue Aufgabe auf! An den neuentstandenen Schichten des sogenannten modernen Mittelstandes, dem Heere der mittleren und höheren Angestellten, deren Abhängigkeit sich vielfach gar nicht so weit von derjenigen der „Proletariat“ unterscheidet: an diesem Problem ist die Partei bis heute zu achlos vorbeigegangen. An diese muß sich die Partei herannahen, wenn sie politisch in Zukunft etwas bedeuten, ihrem Endziel näherkommen will!

Dem stehen aber zwei der heutigen Partei immanente wichtige Punkte entgegen. Einmal das starre Festhalten der offiziellen Kreise an den „ärztlichen Lehren“, die eine Fortentwicklung der Partei im Sinne einer Verlässigung der neu auftretenden Probleme nicht gestatten. Auf der anderen Seite jenes Zionswächtertum der heute noch maßgebenden Doktrinäre, „die in schier unerträglicher Weise das Skepter, anscheinend weniger aus Sorge um das Wohl der Partei, als vor beschränktem Fanatismus beherrscht, in Besorgnis um ihr eigenes Ansehen und um ihre Position, schwimmen.“ Diese beiden Momente lassen den eigentlichen Revisionismus trotz all seiner Anläufe nicht hochkommen. An eine Rezeption jenes Programms, das eine Fortentwicklung der alten Lehre entsprechend neuerer volkswirtschaftlicher Erkenntnisse vorzieht, und den heute herrschenden Doktrinarismus mit seiner Engherzigkeit und Indulgenzhaftigkeit durch eine größere Meinungsfreiheit und einen gestützteren Ton ersetzen will, ist in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Angeht es dieser Sachlage, die eine Reform der Partei aus sich heraus vorläufig undenkbar macht, vertritt Jepsen den Gedanken der Gründung einer neuen Partei; anscheinend denkt er sich diese aber weniger als ein festes Parteigebilde mit einer ins Kleinste ausgebildeten Organisation, denn mehr als eine Propaganda-, Aufklärungsvereinigung. Diese hätte einmal auf eine Verbreitung der revisionistischen Gedankengänge im Volkshausarbeiten als Gegengewicht gegen die heute parteiinternen marxistischen Lehren; sodann hätte sie ihre Arbeit zu richten auf eine Umgestaltung der heutigen sozialen und rechtlichen Verhältnisse im sozialistisch-demokratischen Sinne. Das Endziel könnte dabei ruhig in der Form eines Zielbundes bleiben. Zielbünde sind sogar besser! Die Hauptfrage ist gewissermaßen der Wille zum Sozialismus, zu welchem sich alle, denen die heutige offizielle Linie der Sozialdemokratie nicht paßt, die nicht mehr an dem alten Stande, die Angehörigen der „Alten- und Nichtspolitiker“ angeschlossen haben, wenden. Die Sozialdemokratie der Zukunft wird eine neue Partei sein, die sich aus der Sozialdemokratie der Gegenwart als ein neues Element herauslöst und sich als ein neues Element in der Sozialdemokratie der Zukunft geltend machen wird.

So sehr man dabei die Schuld gegen den Parteivorstand in der Reichstagsfraktion sucht, so wenig ist es möglich, die Partei heute schon als eine solche zu betrachten, die sich in der Richtung der sozialpolitischen Arbeit in eine für und nach die Sozialdemokratie hat.

Kreisen, die nicht die schlechtesten sind, mit der offiziellen Richtung unzufrieden ist, wie sehr hier der Drang herrscht, auf anderem Wege den sozialistischen Zielen näherzukommen. Das dabei der oben skizzierte Weg einer neuen Parteibildung irgendwie einen Erfolg aufweisen wird, daran ist gar nicht zu denken. In dieser Beziehung sollten die „Spürer“ derer um den Illusionisten Friedrich Naumann herum sprechen! Wer zum Zwecke einer neuen Parteibildung in die Geheimnisse der politischen Kleinarbeit nicht eingedrungen ist, bleibt ein Führer ohne Soldaten. Die großen Gedanken machen es nicht, wenn nicht vorher durch Kleinarbeit der Boden im Werte vorbereitet worden ist, auf welchem die Gedanken sich ausbreiten können. Die Gedanken des Herrn Jepsen können erst dann hoffen, daß ihnen Rechnung getragen wird, wenn sich die Gewerkschaften dieselben zu eigen machen und erst die Partei geworden sind, d. h. die Sozialdemokratie zu einer radikalen Arbeiterpartei sich durchgemauert hat. Dieser Entwicklung steht vorläufig jene oben nicht über gekennzeichnete doktrinäre Clique entgegen, deren Einfluß vorläufig noch Mäßigung angebend ist.

Nicht ohne Interesse ist es, wenn man auch hier wieder sieht, wie die neuzeitliche Entwicklung der programmlosen Sozialdemokratie immer neue Nüsse zu knacken gibt. Ueber den Mühen des Mittelstandes, sollte die Bewegung baldigen Siegen entgegenzehen. Tut nun einmal der alte Mittelstand der Sozialdemokratie noch lange den Gefallen nicht, sich ruhig zu einem ewigen Schlaf ins Grab zu legen, da erhebt sich auf der anderen Seite ein neuer viel Hunderttausende Köpfe zählender Mittelstand, der sich dem Vorbringen der sozialistischen Bewegung als Hindernis in den Weg stellt. Für ihn hat das offizielle sozialdemokratische, Ernter Programm, das sonst so froh und reichlich seine Gaben an den Arbeiterstand verteilt, vorläufig keine Präzente. Und doch ist dieser neue Mittelstand im Hinblick auf den Sieg der sozialistischen Weltanschauung ein so begehrenswerter Faktor! Wird man, ihm zu gewöhnen, bei einer eventuellen Programmänderung seinen bedürftigen Rechnung tragen? Wird man dann auch den Satz über Bord werfen wollen, daß die Vertretung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter sein kann? Welche Umgestaltung, andere Verhältnisse, veränderte Aufgaben und Lasten!

Die Sozialdemokratie ist von einer innerlichen Einigkeit weiter denn je entfernt. Es brodeln in ihr unaufhörlich Sorgen eine weise Regierung über eine verlässige Sozialreform dafür, den sozialpolitischen Wünschen der bedrängten Stände Rechnung zu tragen, dann wird nicht die Sozialdemokratie der zukünftigen Entwicklung den Stempel ausdrücken, sondern sie wird dieselbe vernünftiger Weise auf dem Wege der Ausbreitung lösen müssen.

B. Es heißt nicht nur, daß darauf fast zwei Drittel den Saal verließen.  
 N. A. des katholischen Arb.-Verains Charlottenburg  
 Schneider, Schiffsführer.  
 Es steht hier also Behauptung gegen Behauptung. Wir enthalten uns eines Urteils darüber, sind aber der Meinung, daß eine Aussprache beider Parteien die bestehenden Mißverständnisse, und um solche scheint es sich zu handeln, im Interesse des Verains aus der Welt schaffen könnten. Wir schließen hiermit die Akten darüber.

humb dem deutschen Volke noch lange Jahre wird erhalten bleiben können; unter der Last solcher Wissenschaft muß der stärkste Mann zusammenbrechen.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer, Fuger und Bauhilfsarbeiter, Sagan, Maurer und Zimmerer, Kreuzwitz, Maurer, Weiskung i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Ellendorf bei Mägen (Steinarbeiter), Gummerich (Maurer), Bamberg (Maurer), Mägen (Maurer, Fuger, Bauhilfsarbeiter), Düsseldorf (Zimmerer), Warburg (Maurer), Welle (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Wenden i. W. (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Landschut (Maurer), Eisenberg (Steinbrecher), Offenburg, Baden (Maurer), Rathberg (Steinarbeiter), Simmern (Zimmerer).

#### Bezirk Brandenburg.

Berlin. Der Kampf im Baugewerbe nimmt jetzt eine andere Form an. Mit dem 1. Juli tritt die Aussperrung außer Kraft und sollen Arbeitswillige eingestellt werden. Ursprünglich war dieser Termin auf den 17. Juni angesetzt, es scheinen sich jedoch keine, oder doch nicht genügend, Arbeitswillige gefunden zu haben. Namens der sieben beteiligten Organisationen wurde folgender Rufus an die organisierten Arbeiter Deutschlands gerichtet, um dessen Abdruck wir in allen Arbeiterblättern erfordern:

Der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands zur Kenntnisnahme.

Von gut unterrichteter und interessierter Seite wird uns mitgeteilt, daß der Vorstand des „Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ sich mit einem Rundschreiben an alle Stellenvermittler und Agenturen für Vermittlung von landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitern gewandt hat, indem er um Beschaffung von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern ersucht. Es wird den Leuten bei neunfünfteliger Arbeitszeit 75 Pf. (Maurer und Zimmerer) und 50—70 Pf. für Bauarbeiter geboten und auf mindestens 8 Wochen Arbeit zugesichert. Die Arbeit soll am Montag, den 17. d. Mis., beginnen.

Nach dem Schreiben des Unternehmerverbandes soll die Bewegung in Berlin beendet, aber durch die Worte der Arbeiter jetzt ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden sein.

Die Herren versuchen es so darzustellen, als ob nach Aufhebung ihrer mißlungenen Aussperrung in Berlin Frieden im Baugewerbe eingetreten sei und beschweigen die Tatsache, daß der von allen sieben Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter (also der Zentralverbände, der lokalen Richtung und des christlichen Bauhandwerkerverbandes) einmütig beslossene Streik weiter besteht und nun erst recht mit allem Nachdruck geführt wird.

Die in Frage kommenden Institute und die Arbeiter sollen unter Anwendung einer groben Täuschung verleitet werden, nach Berlin Arbeitswillige zu liefern, und die Arbeiter sollen dann als Streikbrecher hienun.

Um diese Institute vor Geschäftsschädigung und Unkosten zu schützen, und die fraglichen Arbeiter vor Enttäuschung, sowie vor materieller und moralischer Schädigung zu bewahren, richten wir an alle Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftsstellen und die einzelnen organisierten Arbeiter das Ersuchen, in ihrem Wirkungsbereich genau Obacht geben zu wollen, ob von diesen Instituten oder anderen Einrichtungen und Personen, Arbeiter der drei Berufe für Berlin angeworben werden! Und wenn dies geschehen sollte, diese Institute und die Arbeiter über den wahren Sachverhalt aufzuklären, damit verhütet wird, daß die Betroffenen nach Berlin ziehen.

Der Streik dauert unverändert fort!  
 J. A. der sieben Organisationsvorstände  
 S. Silberstein, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

#### Bezirk AIn.

Aachen. In Nr. 23 der „Baugewerkschaft“ teilten wir mit, dass die hiesigen Genossen entgegen dem vom hiesigen christlichen Verbands abgeschlossenen Tarifvertrag für das Zementgewerbe in Aachen einen neuen Tarif einreichten, weil sie den bestehenden Vertrag nicht anerkannten, da derselbe nicht genügend biete. Der Tarif des christlichen Verbandes sieht nämlich nur Zeitlohn vor. Die Firma Beissel hat dem sozialdemokratischen Zentralverband der Maurer Deutschlands noch folgendes Schreiben ausgehändigt, worauf die rot-organisierten Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Dasselbe lautet:

„An den Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Aachen.“

Die mir eingereichten Akkordsätze sind die gleichen, die ich bis heran bereits bezahlte, und zwar:  
 Hochguss, ohne Aufladen, per Guss . . . . . 0,40 Mk.  
 Abdeckungplatten, per lfd. Meter . . . . . 0,35 „  
 Rohre, à Stück . . . . . 0,50 „  
 Pfeiler, sowie Pfeilerplatten . . . . . 0,50 „  
 Zementstufen herstellen, per Stück . . . . . 0,40 „  
 „ schleifen, per lfd. Meter . . . . . 1,10 „  
 Zementwände aufsetzen, per lfd. Meter . . . . . 0,35 „  
 Nebenarbeiten, wie Auf- und Abladen, werden per Fahre mit 0,40 Mk. vergütet.

Dem Wunsche meiner Arbeiter, dieselben mehr wie bisher in Akkord zu beschäftigen, steht meinerseits nichts entgegen und werden demselben also möglichst nachkommen.

Vorstehende Vereinbarung bleibt in Kraft bis 1. März 1908.

Aachener Gips- und Zementwarenfabrik.  
 W. Beissel.

Um den Aachener Zementarbeitern also mehr Akkordarbeit aufzuknacken, musste seitens des sozialdemokratischen Maurerverbandes der Tarif des christlichen Verbandes bestreikt und eine Hetze unter den streikenden Arbeitern seitens des Genossen Kessel geführt werden. Und das nennen die sozialdemokratischen Führer einen grossen Erfolg. Es ist bezeichnend, dass man seitens der sozialdemokratischen Verbände in der Theorie die Akkordarbeit bekämpft, in der Praxis aber für mehr Akkordarbeit eintritt, sogar Tarife bestreikt, die keinen Akkord vorsehen. Die Nutzenanwendung mag sich jeder selbst hierzu machen. Ein Glück, dass in Aachen nur wenig sozialdemokratisch-organisierte Bauarbeiter vorhanden sind. In Nr. 23 des „Grundstein“ faselt nun der Genosse Kessel als „Allerweltsverbesserer“, dass die Leitung des christlichen Verbandes Streikende zu der Firma Beissel in Arbeit geschickt habe. Glaubt denn etwa Genosse Kessel, wir lassen uns Tarife bestreiken? Wo wir nur irgendwie einen Vertrag eingegangen sind, ist er für uns bindend. Dass die Kollegen später ermahnt wurden, vorläufig nicht zu Beissel zu gehen, geschah deshalb, da die Genossen mit 15—20 Posten nebst der Hilfe einer Anzahl Sonnenbrüder zu Gewalttätigkeiten übergingen und wir unsere Mitglieder nicht der Gefahr der Misshandlung aussetzen wollten. Dadurch wird der moralische Bildungsgrad der Genossen beleuchtet. Dann faselt der Genosse Kessel in seiner Weisheit vom abgeschlossenen Stakkatarif. Seine Schreibweise verrät aber, dass er nicht einmal versteht, was der neue Tarif vorschlägt. Wenn Genosse Kessel einen Mustertarif sehen will, möge er sich seine Ahmachung

mit der Firma Beissel betrachten. Da kann er sicher ein Diplom darauf bekommen. Der Wunsch, „später ein Würchen mitzureden“, mag bei der absoluten Bedeutungslosigkeit der Genossen schon vorhanden sein; unsere Kollegen werden schon dafür sorgen, dass kein Platz für die Genossen hier ist. Der Janhagel, welcher sein Heil bei ihnen sucht und aus Lowdies und Verbandsausbeutern besteht, gönnen wir ihnen gern, diese passen nicht zu uns. Im übrigen wiederholen wir, die Hetzerien der Genossen werden von den Kollegen richtig eingeschätzt und die Antwort wird kommen.

#### Bezirk Danzig.

Poppo, 10. Juni. Am 1. Juni d. J. ist der Vertrag, den wir mit den hiesigen Arbeitgebern abgeschlossen hatten, abgelaufen. Um nun einen neuen Vertrag zustande zu bringen, haben wir vom 26. April bis Ende Mai sieben Verhandlungen mit den Arbeitgebern gepflogen, es ist aber bis heute noch nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Die Arbeitgeber wollen, um der Öffentlichkeit auch zu zeigen, daß sie gewillt sind, unsere Forderungen zu verbessern, eine Lohnzulage von vier Pfennigen für alle Berufe für das Jahr 1907 bis 1. Juni 1908 und von da ab bis 1. April 1909 auch allen Klassen zwei Pfennige Lohnzulage bewilligen. Unsere Kollegen würden sich auch mit diesem Angebot befriedigen, vor allen Dingen mit der Lohnaufbesserung bis 1. Juni 1908 zufrieden geben. Der Grund, daß noch kein neuer Vertrag zustande gekommen ist, liegt darin, weil wir im alten Vertrag eine Stunde früher an den Lohntagen Feierabend machen durften und zwar ohne Lohnabzug. Dieses wollen die Arbeitgeber nun beseitigen, ebenso, daß an den Lohntagen nicht früher Feierabend sein soll. Auch verlangen die Arbeitgeber von den Kasse- und Steinträgern, denen sie 35 Pf. bewilligen wollen, das Material bis auf die zweite Balkenlage zu tragen. In der ganzen Umgegend wird nur von Etage zu Etage getragen, auch in Poppo ist es bis dato nicht anders gewesen. Öffentlich werden sich die Arbeitgeber noch bestimmen, damit eine Einigung erzielt werden kann.

#### Bezirk Münster.

Georgsmarienhütte bei Osnabrück. Auf dem hiesigen Gürtelwerk hat die Firma Gebr. Kiefer-Duisburg umfangreiche Arbeiten. Es werden hierbei eine Anzahl hiesige Maurer und Arbeiter, sowie aber auch welche aus anderen Städten hiehergeschickt, beschäftigt. Die hiesigen Maurer standen nun fast durchschnittlich um 3 Pf. niedriger im Lohn wie die Fremden. Um nun einen einheitlichen Lohn herbeizuführen, reichten die Kollegen, welche fast alle unserem Verbands angehören sind, an die Firma eine Eingabe, nach welcher der Lohn einheitlich auf 55 Pf. festgelegt werden sollte. Die Firma kam diesem Ersuchen in anerkennender Weise nach, indem jetzt allen Maurern der gewünschte Einheitslohn von 55 Pf. pro Stunde gezahlt wird.

Osnabrück (Zim.). Gemeinschaftlich mit den freien Zimmerern hatten wir unseren hiesigen Meistern einen Tarif eingereicht, wonach der Stundenlohn 50 Pf. betragen soll, welcher jetzt auf 43—45 Pf. steht. Der Organisation liegen die Herren keine Antwort zukommen, erklärten aber ihren Gesellen, pro Stunde 3 Pf. zulegen zu wollen. Eine gemeinschaftliche Versammlung beider Organisationen beschloß sich hiermit, und erklärte, daß man hiermit vorerst zufrieden sein wolle, weil die Konjunktur noch nicht dazu angetan sei, einen Tarif durchzubrüden. Unsere Kameraden möchten aber weiter agitieren, dann wird auch ein Tarif für das Zimmergewerbe in Osnabrück nicht mehr fern sein.

#### Bezirk Saarbrücken.

Sulzbach (Saar). Der Streik der Steinhauer ist nach dreiwöchigem Kampfe beendet, und haben wir trotz der Arbeitswilligen einen Vertrag mit der Firma abgeschlossen, welcher die gesetzliche neunfünftelige Arbeitszeit und 67 Pf. Stundenlohn vorsieht. In der ersten und zweiten Woche waren Arbeitswillige nicht zu verzeichnen. Aber im Laufe der dritten Woche haben sich zehn Streikbrecher eingestellt, welche nicht zu bewegen waren, die Stellen zu meiden, davon sind vier Mann im freien Steinarbeiter-Verband. Ob nicht noch mehr dabei sind, konnten wir bis jetzt noch nicht feststellen. Trotz der roten Vorona, welche überall als die alleinigen Weltverbesserer aufmarschieren wollen, ist es dem christlichen Bauhandwerker-Verband gelungen, den ersten Vertrag für Steinbauer in Saarabien abzuschließen. Haben doch die Genossen in St. Johann-Saarbrücken eine Zahl organisierter Steinarbeiter, mit der sie im Jahre 1905 schon prahlten und 1906 einen Lokalbeamten haben wollten. Trotzdem besteht dort das wilde Akkordsystem nebst Unterakkordanten wie sonst nie. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Genossen sich mehr um die Arbeitsverhältnisse kümmern und ihre Mitglieder als Gewerkschaftler erziehen wollten, als Porträte zu halten über Entwicklung der Menschheit und verschiedene Affenarten. So haben sie in Speyer in der Pfalz, welche an Saarabien grenzt, einen Tarif abgeschlossen, welcher den Akkord beibehält und einen Stundenlohn von 54 bis 57 Pf. und steigend bis 61 und 64 Pf. bis zum Jahre 1910 vorsieht. Wahrscheinlich, der Gauleiter Ignaz Kraft aus Mannheim, dem roten Steinarbeiterverband, schließt Verträge ab, mit dem der Steinarbeiter selbst nicht zufrieden ist, wie er in seiner Nr. 23 schreibt. Denn in der Pfalz bestehen noch mehr solcher noblen Verträge. Aber in Versammlung sind nach Aussage der Roten, nur die Christlichen die Beschäftigten, sie selbst aber die alleinigen Weltverbesserer. Aber in Sulzbach hat es sich wieder bewiesen, wer die Streikbrecher liefert. Drum ihr Steinhauer tretet ein in die christliche Organisation, denn dort ist man bestrebt, eure Lage zu verbessern.

Erier. Nach dreimaligen längeren Unterhandlungen ist es gelungen, hier einen Tarifvertrag auf friedlichem Wege für drei Jahre abzuschließen. Die hiesigen Kollegen können mit Befriedigung auf die Lohnbewegung zurückblicken. Der Durchschnittslohn stand voriges Jahr und dieses Frühjahr auf 40 Pf., nach Einreichung der Forderung erhöhten die Unternehmer den Lohn auf 44 Pf.; sie glaubten durch dieses an einem Vertrag vorbeikommen zu können. Dadurch aber, daß eine Anzahl Kollegen unermüdet in der Agitation tätig war, ist es gelungen, 350 Kollegen um unsere Fahne zu führen. Die dem Umstand und der ruhigen und sachlichen Tarif unsererseits ist es zuzuschreiben, daß eine friedliche Verhandlung möglich war, die den Kollegen bedeutende Vorteile bringt. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, der Lohn ist wie folgt festgesetzt: vom 15. Juni bis 1. Januar 1908 45 Pf., vom 1. Januar 1908 bis 1. Juli 1908 47 Pf., vom 1. Juli 1908 bis 1. April 1909 48 Pf. und vom 1. April 1909 bis 1. April 1910 50 Pf.; also eine Lohnerhöhung von 10 Pf. in drei Jahren. Mögen die Kollegen von Erier in Zukunft ihrer Organisation treu bleiben und sich von den Gegnern, weder von rechts, noch von links, nicht beeinflussen lassen. Wer bis jetzt die Interessen der Kollegen in Erier am besten und sichersten vertreten hat, darüber braucht man gewiß keine Worte zu verlieren. Mögen die Kollegen die Worte des Kollegen Wischberg in der Versammlung vom 12. Juni beherzigen und weiterbauen auf dem unter großen Mühen gelegten Fundament. Keine Mühe darf es geben, bis der letzte Bauhandwerker und Hilfsarbeiter, so bis alle Arbeiter in Erier christlich organisiert sind; nach dem jetzigen Verhältnisse ist dieses keine Unmöglichkeit. Deshalb fröhlich auf Welt, ihr Erierer Kollegen!

### Katholischen Gesellenvereine

meisten, wenn auch Schwierigkeiten, die sich ihnen heute mehr als zuvor in den Weg stellen, eine von Jahr zu Jahr wachsende erfreuliche Aufwärtsentwicklung und entfalten dabei nach innen eine rege Vereinsarbeit. Nach einer im Junihefte der „Sozialen Kultur“ (W. Gladbach, Volkswirtschafts-Verlag) mitgeteilten Statistik, die insbesondere die Entwicklung der Gesellenvereine im letzten Jahrzehnt berücksichtigt, betrug die Gesamtzahl der dem Verbands angehörenden Vereine am 1. Januar 1907 1161. Davon entfielen auf Preußen 494, auf Sachsen 11, auf Hessen 9, Baden 59, Württemberg 51, Bayern 222, Elsaß-Lothringen 3, zusammen also auf das Deutsche Reich 843. Hinzu kommt das Ausland und zwar Oesterreich mit 181, Ungarn 82, die Schweiz 34, Luxemburg 1, Niederlande 7, Belgien 2, Frankreich 1, England 1, Schweden 1, Italien 1 und Nordamerika 7 Vereinen. Die gleiche Tendenz ruhigen Anwachsend zeigt die Zahl der aktiven Mitglieder (Gesellen), die augenblicklich 75 000 bereits überschritten haben dürfte, während sich die Zahl der außerordentlichen Mitglieder, in der Mehrheit selbständige Handwerkermeister, auf 117 829 belief. Für das Jahr 1908 wurden zum ersten Male auch Erhebungen über die Zahl der den Gesellenvereinen angehörenden Wirtshauswerker angestellt. Im ganzen betrachtet, ist ihre Zahl so gering, daß sie den Charakter des Verbandes als einer Handwerker-Gesellenorganisation nicht im geringsten gefährdet. Es kamen beispielsweise auf 86 121 aktive Mitglieder in Preußen 8250 Wirtshauswerker, in Sachsen auf 690 Mitglieder 49, in Baden 384 auf 2848, in Württemberg 273 auf 6915, in Bayern 1390 auf 11 218, in der Schweiz 109 auf 1423, also durchschnittlich kaum 10 Proz. Mit Befriedigung wird in dem Verbandsbericht auf die Gestaltung des inneren Lebens (Versammlungen, Pflege der Religion usw.) hingewiesen. Die Wohlfahrts-Einrichtungen (Gesellenhäuser), auf die die Gesellenvereine von jeher einen besonderen Wert gelegt haben, erfahren einen weiteren Ausbau, speziell konnte auch das Krankenwesen (Sparkasien, Krankenkassen, Zentralfürsorge) in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte verzeichnen. Mit besonderer Genugtuung wird man Kenntnis nehmen von der Art, wie die Gesellenvereine an der praktischen Durchführung des Handwerker-Gesellen-Gesetzes vom Jahre 1897 mitarbeiten. Für die gesamte Unterrichts-Tätigkeit der Gesellenvereine, die bereits von ihrem Entstehen angebahnt und in umfangreicher Weise ausgebaut worden war, ist gerade dieses Gesetz von besonderer Bedeutung geworden, insofern dem theoretischen wie dem praktischen Unterricht ein bestimmtes Ziel gegeben und dadurch endlich die Schaffung eines einheitlichen Lehrplanes und Unterrichtsganges ermöglicht wurde. Im Ausbau des Unterrichtswesens ist denn auch in den verfloßenen zehn Jahren unablässig und mit sichtlichen Erfolge gearbeitet worden. Die Zahl der Vereine, die theoretischen Unterricht im Schreiben, Rechnen, Geschäftsaussatz, Kalkulation, Buchführung usw. erteilen, stieg 1901—1904 von 398 auf 494, 1904 bis 1906 abermals auf 526. Fachabteilungen für einzelne Gewerbe bestehen jetzt 206 in 77 Vereinen. Ihre Arbeiten fanden auf Handwerker-Ausstellungen vielfache Beachtung und anerkanntende Bestätigung. Die Meisterprüfung wurde im Jahre 1906 von 619 Mitgliedern (gegen 540 im Jahre 1904) abgelegt, die ohne Ausnahme auch die Vorbereitung dazu in den Gesellenvereinen erhielten. Was in allem diesen die katholischen Gesellenvereine auf ihre besonders auch im letzten Jahrzehnt im Interesse ihrer Mitglieder sowie des gesamten Handwerks geleistete praktische Arbeit mit Genugtuung zurückblicken, der auch wiederholt die Anerkennung von Behörden und Handwerkstämmlern nicht verjagt blieb. Angesichts dessen können die Gesellenvereine auch Anspruch darauf erheben, daß sie allenthalben eine ihrer Bedeutung gemäße Würdigung erfahren, eine Wahrung, die öfters nicht unangebracht erscheint!

### Zur Charakteristik Hirsch-Dunderscher Führer.

Der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ wird geschrieben:  
 „An dem Sozialen Ausbildungskursus in Hannover, veranstaltet vom Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine, nahmen in der überwiegenden Mehrzahl christlich organisierte Arbeiter teil. Von ca. 64 Kursteilnehmern gehörten 59 den christlichen Gewerkschaften und nur 4 den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften an. Unter diesen 4 war auch der H.-D. Gewerkschaftsbeamte Herr Lange-Hannover. Anlässlich einer Versammlung im evangelischen Arbeiterverein trat Herr Lange auch dem Vereine bei. Mancher wird sich darüber freuen haben, daß nun auch die H.-D. innerhalb der konfessionellen Arbeitervereine mitarbeiten wollen, während sie bis in die jüngste Zeit noch entgegengelegter Meinung waren. Angesichts dieser Tatsache muß es aber doch eigenmächtig berühren, wenn man sich an das Verhalten Langes vor einigen Jahren erinnert. Damals tobte der Kampf zwischen den H.-D. und den christlichen Gewerkschaften besonders heftig in Saarlouis. Damals, es war am 6. Februar 1905, erklärte Herr Lange in einer öffentlichen Versammlung in dem katholischen Attendorf, als er über das Thema: „Sind die H.-D. religionsfeindlich?“ rebete: „Ich bin ein guter Katholik!“ Nun kann man doch nicht beides, „gut evangelisch“ und auch ein „guter Katholik“ zugleich sein. Über Attendorf war überwiegend katholisch und Hannover überwiegend evangelisch. Was sagen die H.-D. Gewerkschaften zu solch einem Verhalten ihrer Führer?“

### Was sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte vom christlichen Gewerkschaftswesen wissen.

Fällt da an der Wasserfront ein sozialdemokratischer Holzarbeiterverbandler namens Müller I einen Vortrag über die „Gewerkschaftsfragen“ und bezapft, laut Bericht im „Samburger Echo“, folgende Weisheit:  
 „Die christlichen Gewerkschaften teilen sich in verschiedene Gruppen: (sic!) Die christlich-nationalen, früher christlich-sozialen; ferner kathol. und evang. Gesellenvereine. Die Gründung der katholischen Gesellenvereine vollzog sich Ende der 40er Jahre, ihr Gründer war der Bischof Metzeler, (sic!) bekannt durch seinen anonymen Brief an Lafalle. In München wurde durch den bekannten Agitator Stegenwald der christliche Holzarbeiterverband gegründet. Die Stammesweise dieser Organisation ist die widerläufige und verwirrende. Rathhalten werden nur dort erachtet, wo bereits zwei Verbände ihren Sitz hatten; wodurch der Kampf zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften ein stets heftiger wurde.“  
 „Damit schloß Müller seine höchst interessanten Ausführungen — folgt gleich hinterher. In das aber ein sozialdemokratischer Arbeiter II. Wie begründete kann, daß dieser Vor-



... Solche Fälle zeigen uns aber, daß unsere sozialdemokratischen Kollegen die christliche Arbeiterbewegung nicht durch Studium kennen, sondern nur wissen, was ihnen von ihren Führern in den Versammlungen vorgetragen wird. Als nun unser Kollege sich dieses verbat, und die Sache dem Sachbearbeiter melden wollte, da suchte man ihn zu beruhigen, indem ihm der Baubelegierte sagte, er hätte stillschweigend und nichts dazu sagen sollen, dann wäre es nicht so weit gekommen. In diesem Falle unsere Kollegen sollen sich ihre Organisation beschimpfen lassen ohne sich zu verteidigen. So viel gesagt wie! Daß die auf die rechte Seite eine Ohrfeige geben und halbes die Hufe gebührend hin; daß werden sich unsere Kollegen nicht bieten lassen, namentlich nicht von denen, die vom Kollegen Mut im vorigen Jahre im „Grundstein“ als die Bevorzugten galten, das können die „Bevorzugten“ höchstens heute noch oben in Nordbergsland machen, aber hier im Wuppertal verbitten wir uns so etwas, und werden nach jeder Richtung hin unsere Kollegen zu schützen wissen. An unsere Kollegen geht daher die Bitte, solche Fälle sofort der Verhandlung zu melden, damit die Angelegenheit untersucht werden kann, zumal wenn, wie auch hier, den Kollegen mit Kraftmitteln gepöbeln werden soll, wenn die geistigen Waffen der Alltagsverbesserer nicht mehr ausreichen. Wir werden in Zukunft jedem Gelegenheit geben, sich an anderer Stelle zu verantworten.

## Soziale Rechtsprechung.

### Kann ein Arbeiter entlassen werden, wenn er sich weigert, Überstunden zu machen?

Diese Frage wurde kürzlich von einem Gewerbegericht in Gelsenkirchen im Sinne entschieden. Im Ruhegebiete waren zwei Arbeiter sofort ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen worden, weil sie nach Feierabend nicht mehr arbeiten wollten. Sie klagten auf Auszahlung des Lohnes für die letzten 14 Tage Kündigungszeit, wurden aber mit ihrer Forderung abgewiesen. In der Begründung wurde gesagt, daß es nicht im Belieben des Arbeitnehmers stehe, Überstunden zu machen oder nicht. Selbst wenn es im Arbeitsvertrage heiße, daß Überstunden der freien Verfügung unterliegen, so sage dies nur, daß der Arbeitgeber Überstunden im allgemeinen nicht brauche. Wer wenn sie nicht nötig seien, so könne er sie gegen eine höhere Lohnzahlung verlangen. Nur dürften die Überstunden nicht so ausgedehnt werden, daß sie über die Kräfte des Arbeiters hinausgehen. Diese Auffassung des Gewerbegerichts kommt uns sehr einseitig vor. Welchen Wert hat es denn, wenn im Arbeitsvertrage die Überstunden der freien Vereinbarung unterstellt werden, wenn aber der freie Wille des Arbeiters dabei nichts gilt?

### Sind Streiks während der Dauer eines Tarifvertrages rechtswidrig?

Diese Frage, die schon während des Münchener Kohlenarbeiterstreiks mit Ja beantwortet wurde, hat nun eine zweite ebendortige, ebenfalls in München, zur Seite gestellt erhalten. Der Unterschied zwischen diesen beiden Fällen besteht nur darin, daß damals der Tarifvertrag von Seiten der Arbeiter ausging, während er jetzt auf Arbeitgeberseite verfaßt wurde. Gelegentlich der Verhandlungen über die Differenzen im Schmelzergewerbe zwischen den Organisationen des Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbandes am Münchener Gewerbegericht wurde unter Vorsitz des Gerichtsrates Dr. Brenner vom Einigungsamt ein längerer Beratung einstimmig festgestellt, daß der Arbeitgeberverband für das Schmelzergewerbe in München sich durch Verletzung der Gesetze eines Tarifbruches schuldig gemacht habe. Der hiesige Schmelzergewerkschaftsverband hatte nämlich die Verletzung unter Mithilfe des hiesigen Gewerbegerichts durch die Verletzung der Tarifverträge, die hier zu Recht bestehenden Tarifverträge vollzogen. Dieser Schlichtungspruch, wie auch derjenige aus dem Kohlenarbeiterstreik sind um so mehr beachtenswert, weil hier ausdrücklich ausgesprochen wird, daß während der Dauer eines Tarifvertrages, sowohl Ausprägungen, als auch Streiks rechtswidrig sind. Das ist auch unser Standpunkt, der wir von jeher vertreten haben.

### Sind Konventionalstrafen der Unternehmer rechtswirksam?

Bekanntlich üben die Arbeitgeberverbände die Taktik durch hohe Konventionalstrafen, welche in der Regel in Form eines Wechsels hinterlegt werden, bei Lohnbewegungen, zu verhüten, daß Unternehmer die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen oder weitere Abmachungen zu treffen, als wie vom Arbeitgeberverband vorgeschrieben. Die Gerichte haben diesbezüglich aber wiederholt entschieden, daß die Einziehung solcher Strafen eine rechtswidrige Handlung darstellt. Neuerdings hat die zweite Abteilungsabteilung des Landgerichts Braunschweig in gleichem Sinne entschieden. Der „Vorwärts“ schreibt darüber:

„In Schöningen im Herzogtum Braunschweig streikten im vorigen Jahre die Maurer, weil ihnen eine Lohnerhöhung von 2 Pf. verweigert wurde. Vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe war beschlossen worden, mit den Gesellen überhaupt keine Verhandlungen anzuknüpfen. Die Maurermeister P. und W. Meher, denen die Arbeit auf den Nägeln brannte, schritten sich an diesen Beschluß nicht, obgleich sie Mitglieder des Bauarbeiterverbandes waren. Sie traten aus diesem Verbande aus und zahlten ihren Gesellen den geforderten Lohn. Den Schmarfmachern des Baugewerbes war das jedoch nicht recht. Sie glaubten ihre Mitglieder durch ein Statut, das die rigorensen Strafbestimmungen enthält, gefesselt zu haben. Unter anderem enthält es auch die, daß von der Generalversammlung des Verbandes gegen solche Mitglieder Konventionalstrafen im Betrage bis zu 500 M. für jeden Einzelfall festgesetzt werden können, die gegen Generalversammlungsbeschlüsse verstoßen. Die Herren Meher haben nun gegen mehrere Beschlüsse gehandelt. Erstens haben sie den Lohn bewilligt, dann mit den Gesellen verhandelt und nach Beute eingestellt, die nach Abmachung nicht eingestellt werden dürften, das heißt Streikende. Von der Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes wurden ihnen deshalb Konventionalstrafen von 1000 M. und 808,65 M. auferlegt. Der Vorstand des Verbandes zog einfach Wechsel in der besagten Höhe auf die abtrünnigen Meister, deren Zahlung von diesen jedoch verweigert wurde. Der Fall durchlief alle Organisationen, selbst geprüfungsamt, die Handwerkskammer, die von dem Wege der Wechselsache auf den der Zivilsache verfiel. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes berief sich auf sein Statut, das von den besagten Meistern durch den Beitritt zum Verbande als für sie verbindlich anerkannt worden sei und nach welchem er berechtigt sei, solche Wechsel auf verlangte Strafen zu ziehen. Als die Aktivlegitimation des Vorstandes festgestellt wurde, erhoben zugleich alle 19 Mitglieder des Verbandes die gleiche Klage. Das Landgericht wies jedoch die Klagen ab, weil die Angeklagten mit Recht angezogenen konventionellen Bestimmungen als nach dem Wortlaut des § 152 der Gewerbeordnung und nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht rechtsverbindlich anzusehen waren.“

„Wir gegen jene Schmarfmacher auch wegen versuchter Erpressung und Verstoßes gegen § 152 der Gewerbeordnung Klage erhoben werden? Der Tatbestand dieser Strafsache ist von den 19 abgewiesenen Schmarfmachern voll erfüllt.“  
Wir wagen das kaum zu hoffen.

### Ist der Unternehmer verpflichtet, den Transport der Werkzeuge zu übernehmen?

Unter den Statuten des hiesigen Baugewerkschaftsverbandes steht, daß circa 80 Pfund schwere Werkzeug zur Baustelle zu schaffen. Eine prinzipielle Entscheidung im gegenseitigen Sinne fällt das Gewerbegericht zu Frankfurt a. M. Drei Statuten waren für eine Firma in Kbnigheim festgesetzt. Bei der Abreise von dort nach Frankfurt meinte der Geschäftsführer, sie könnten ihr Werkzeug auf einem Wagen legen, der zur Bahn ging, wo man die Sachen verlade. Am anderen Morgen aber war das Werkzeug nicht zur Stelle, sondern war durch einen unglücklichen Zufall nach dem Güterbahnhof expediert worden. Die Leute versuchten durch Suchen einen ganzen Tag und glaubten, daß die Firma insofern schuldhaftig sei, als sie den Tag bezahlen müsse. Es wäre üblich, daß der Arbeitgeber das Werkzeug bestimme und somit haftbar sei. Die Firma entgegnete, daß der Transport des Statutenwerkzeuges nur eine Gefälligkeitsache sei, aus der sich keine verbindende Verpflichtung herleiten lasse. Sie sei somit für den Tag zu keiner Entschädigung verpflichtet. Das Gericht erklart nach längerer Beratung seinen Standpunkt. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers für den Transport der Werkzeuge des Arbeitnehmers kann nicht angenommen werden. Der Arbeitnehmer hat selbst dafür zu sorgen, daß sein Werkzeug pünktlich zur Stelle ist. Die Klage auf je 7,70 M. Entschädigung muß abgewiesen werden. Die Firma erklärt sich bereit, den Deuten im Vergleich aus freiem Willen je 2 M. zu geben.

### Was bedeutet die Vereinbarung „Kündigung findet nicht statt“?

Kommt der Dienstberechtigte mit der Annahme der Dienste in Verzug, so kann der Dienstverpflichtete die infolge des Verzuges nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein“, dies bestimmt § 115 B. G. B. Auf Grund dieser Bestimmung verlangen vierzehn Maurergesellen jeder 7 M. 05 Pf. Lohn von ihrem Meister, weil sie eines Montags, nachdem sie sich zur Arbeitsleistung eingetunden hatten, wegen Steinmangels nicht beschäftigt worden waren. Der Meister behauptet, diese Bestimmung könne hier nicht in Betracht kommen, denn er habe mit den Leuten vereinbart, daß Kündigung nicht stattfinden solle, und habe den Klägern am Montag morgen rechtswirksam gekündigt. Das Gericht beurteilte den Beklagten. Die zwischen den Parteien getroffene Vereinbarung „Kündigung findet nicht statt“ bedeutet, daß das Verhältnis am Schlusse jedes Tages gelöst werden kann, nicht aber zu jeder beliebigen Zeit mitten am Tage. Daß jene Vereinbarung im Baugewerbe diesen Sinn hat, ist gerichtsnotorisch; es ergibt sich dies auch aus dem Nebenvertrag der baugewerblichen Gewohnheiten, aus dem Tarif. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß im vorliegenden Fall etwas von dem Üblichen Abweichendes unter der Abmachung zu verstehen sei. Die Entlassung der Kläger am Montag vormittag war daher unrichtig. Der Beklagte ist infolgedessen zur Entrichtung des Tagelohnes abzüglich des bereits gezahlten Betrages verpflichtet. Daran ändert nichts, daß die Kläger nicht den ganzen Tag am Bau gewesen sind. Das kann ihnen nicht zugemutet werden. Es genügt, daß sie einzelne ab und zu nachsehen ließen, ob ihre Arbeit wieder verlangt werde. Ebenso unbegründet ist die Ansicht des Beklagten, die Kläger hätten durch Annahme des einseitigen Lohnes am nächsten Sonnabend auf weitere Vergütung verzichtet. Ob unter Umständen in der vorbehaltenen Annahme eines Teilbetrages der geschuldeten Summe ein Verzicht des Gläubigers auf den Rest liegen kann, steht hier nicht zur Entscheidung. In diesem Falle kann jedenfalls nicht davon die Rede sein, da die Kläger durch Einreichung der Klage am Tage vor der Empfangnahme des Lohnes ihr Bestehen auf Zahlung des ganzen Betrages unzweideutig kundgegeben hatten.

## Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Gewerkschaftsorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Braunschweig.** Am Donnerstag, den 6. Juni, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1907, 2. das Verhalten des freien Dachdeckerverbandes der Baugewerkschaft Braunschweig uns gegenüber. Der Kassierer Kollege Worchard erstattete den Kassierenbericht. Selbiger war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Kollege Weirich bemerkte, daß die Kollegen sich nicht wundern mögen, daß der Kassierenbestand so gering sei, es erkläre sich dies daraus, daß die Kollegen im Monat März noch nicht alle in Arbeit standen und somit auch nicht den vollen Beitrag bezahlt hätten. Im zweiten Quartal würde die Sache anders sein, da wir auch an Mitgliederbestand einen Zuwachs zu verzeichnen haben, ebenso einen 13wöchigen Beitrag. Er richtete die Bitte an die Kollegen, ihre Beiträge pünktlich zu zahlen, damit der Kassierer auch die Abrechnung pünktlich fertigen könne. Kollege Weirich wies jedoch noch auf die Extrabeträge hin. Er machte es den Kollegen zur Pflicht, die Extramarken zu zahlen. Wenn wir auch im vorigen Jahre durch den Streit hart gelitten haben, darf uns dieses doch nicht abschrecken, die Opfer zu bringen, wenn sie verlangt werden. Zu Punkt 2 verlas Kollege Weirich zunächst einen Artikel des Braunschweiger sozialdemokratischen „Volkstreu“, welcher folgendermaßen lautet:

„Vom Dachdeckerverband wurde uns geschrieben: In der letzten Versammlung wurden die Arbeitsverhältnisse besprochen. So wurde scharf gerügt, daß bei der Firma H. Maring seit einiger Zeit christliche Gesellen für 40 Pf. Stundenlohn arbeiten. Daß es unter diesen Christen minderwertige Kräfte gibt, meint selbst der Meister, der sich beim Meister darüber beklagte. Er kam aber an die bestechliche Abreise, da Herr Maring meinte, daß ihm diese Gesellen doch noch lieber seien als die Braunschweiger. Das kann man sich denken; denn die Braunschweiger hochorganisierten Dachdecker arbeiten nur für 55 Pf. und die Christlichen müssen wohl ein Auge zudrücken.“

Kollege Weirich bemerkte, daß es die Herren Gesellen wieder einmal darauf abgesehen haben, uns Christlichen ein unangenehmes Bild zu zeichnen. Diese Herren besinnen sich, daß wir ein solches Bild nicht für möglich halten, und ein solches Bild nicht zulassen werden. Wir werden uns nicht durch solche Angriffe beirren lassen.

und daß unsere christlichen Kollegen alle den Stundenlohn 55 Pf. erhalten, ist ebenfalls bekannt. Nun handelte es sich um ein paar Junggesellen, die erst zugereist waren und Arbeit bei Herrn Maring suchten. Denselben wurde in den ersten 14 Tagen der Lohn von 40 Pf. ausbezahlt, haben sodann aber einen Stundenlohn von 46 Pf. erhalten. Und trotzdem kann der Meister noch doch noch hintertreten und erklären, daß Herr Maring Gesellen für 40 Pf. beschäftige. Nun scheint es, als wenn die Genossen des freien Dachdeckerverbandes die Lohn- und Arbeitsordnung nicht kennen, oder nicht kennen wollen. Es heißt dort für Junggesellen werden gezahlt im ersten Gesellenjahr bis 40, im zweiten bis 45 Pf., und erstens ist hier der Fall. Wo sind nun die minderwertigen Gesellen? Da mögen die Freiorganisierten in ihre Reihen schauen, da werden sie wohl eher zu finden sein. Sätten die Junggesellen sich frei organisiert, anstatt christlich, wäre gewiß wohl kein Wort geredet worden. Hier kann man aber sehen, wie es gemacht wird. Im übrigen läßt uns die Sache kalt. Nach genügender Diskussion meldete sich Kollege Ringel zum Wort; selbiger erklärte, wie es ihm in Magdeburg ergangen sei; er wurde zu einer Vorstandsstellung eingeladen, wo er vom Vorstehen der Baugewerkschaft Magdeburg (des freien Dachdeckerverbandes) zur Rede gestellt wurde, warum er noch zur Kirche ginge. Ein freiorganisierter Kollege gehe nicht in die Kirche. Also will man auch die religiöse Ueberzeugung den Kollegen nehmen. Da sich niemand mehr zum Worte meldete, forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, pünktlich die Versammlungen zu besuchen. Da der Versammlungskalender in der „Baugewerkschaft“ fortgesetzt sei, sei ein Stempel angeschafft worden, um den Mitgliedern zu zeigen, wann die Versammlungen stattfinden. Mit dem Wunsche, daß der Verband blühen und gedeihen möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### Sozialdemokratischer Terrorismus.

Welch' fonderbare Blüten der Fanatismus der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter treibt, zeigt folgender Fall: Am Neubau der Reichs-Markischen Bank in Hagen (welcher von der Firma Vos... u. Strauer aus Düsseldorf ausgeführt wird), sind nur freigeberwirtschaftlich organisierte Statuten beschäftigte. Der im christlichen Bauhandwerkerverband organisierte Statuten S. trug bei dem Polier um Arbeit an und wurde von diesem sofort eingestellt. Als er noch mit dem Umziehen beschäftigt war, wurde er gefragt, ob er auch dem Verbandsangehörige, worauf er sein Verbandsbuch vorlegte. Darauf wurde ihm von dem Baubelegierten erklärt, wenn er sich umschreiben lassen wolle, dann könne er anfangen zu arbeiten, sonst nicht, und als er sich hierzu weigerte, wurde er wieder entlassen. Auf Drängen der christlichen Verbandsleitung wurde S. aber des mittags von dem Polier wieder eingestellt. Die roten Freigeberlichen wählten nun eine Kommission von drei Mann, die beim Polier vorstellig wurden und diesem erklärten, falls S. nicht sofort entlassen würde, legten sie die Arbeit nieder. Der Polier sah sich hierauf veranlaßt, den christlich organisierten Arbeiter zu entlassen. Hier haben es also die Kämpfer für Freiheit und Recht wieder einmal bewirkt, daß ein Arbeiter seiner Ueberzeugung wegen nicht arbeiten durfte, obgleich er von dem Polier eingestellt worden war. Eine solche veritable Handlung entspricht allerdings dem soziald. Grundsatz: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“

Die dort beschäftigten Genossen, meist Elberfelder und Barmen, sind selbst froh, daß sie Arbeit gefunden haben, trotzdem befiel diese feige Gesellschaft einen Fanatismus, wie er selten zu finden ist. Als Kollege Wauschen einen Teil dieser Gesellen auf ihre schofte Handlungsweise hinwies, tat sich einer ganz besonders hervor im Verbände der christlichen Organisation. Als er nun vom Kollegen S. ausgedrängt wurde, seinen Namen zu nennen, war diese Nummer zu feige dazu. Wie nachher festgestellt wurde, soll dieses der Genosse Wämann sein. Die Namen der Baubelegierten, sowie der Kommission sind: Peiner, Dehm, Johann Wämann, Maria Castellew. Da Anzeige in diesem Falle erstattet ist, so werden die brüderlich gestimmten Genossen ja Gelegenheit haben, ihre schofte Handlungsweise zu rechtfertigen. Unsere Kollegen aber sollten aus diesem Vorgange lernen, mit noch mehr Energie und Eifer wie bisher an dem Ausbau des Verbandes zu arbeiten, damit sie nicht gezwungen werden, ihre Ueberzeugung preiszugeben, weil es die Herren Genossen haben wollen.

### Maurer.

Grätz i. B. Seit vier Jahren konnten wir hier keine öffentliche Versammlung veranstalten. Die Kollegen werden sich wohl noch erinnern, mit welchen Schwierigkeiten wir 1904 in Grätz zu rechnen hatten, indem die Polizei uns sämtliche Lokale abtrieb. Im Januar dieses Jahres hatten wir die Forderungen von damals wiederum den Arbeitgebern unterbreitet. Es ist jetzt bekamen wir eine absehnende Antwort, worin betont wird, daß sie nicht in der Lage sind, eine Lohnerhöhung einzutreten lassen zu können; der Lohn in den Nachbarstädten sei geringer; was aber keineswegs zutreffend ist. Zum Schluß hieß es:

„Bei der Ungleichheit der Verhältnisse in unseren verschiedenen Städten können Verträge erst erzwinglich werden, wenn der vom Arbeitgeberbunde angestrebte Abschluß eines einheitlichen, die verschiedenen Lohnverhältnisse berücksichtigenden Tarifvertrages für die ganze Provinz durchgegriffen sein wird. Bis dahin müssen wir unter allen Umständen warten.“

Um dieses den organisierten sowie unorganisierten Kollegen zu unterbreiten, hatten wir eine öffentliche Versammlung auf Sonntag, den 9. ds. Mts., anberaumt, welche von 100 Kollegen, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter besucht war. Auch die Polizei war gut vertreten, ebenso der Herr Bürgermeister nebst einem Dolmetscher. Auf der Straße waren drei weitere Polizisten anwesend. Als Referenten waren die Kollegen Kowalschik und Ringel aus Posen erschienen. Kollege Kowalschik referierte in polnischer Sprache. Er gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß es uns endlich gelungen ist, eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, um so auch der Öffentlichkeit das Berechtigte unserer Forderung darzutun. Er ging sodann auf die bestehenden Verhältnisse im Baugewerbe ein, beleuchtete auch die bestehende Lebensmittellieferung, die Lohnerhöhungen unbedingt notwendig mache. Man sollte ihn nach der Antwort der Unternehmer warten bis zum nächsten Frühjahr; alsdann soll der vom Arbeitgeberbunde geplante Tarif zur Einführung gelangen. Darin liegt für uns eine gewisse Gefahr, denn sehr leicht kann es dann zu einer Ausprägung über die ganze Provinz kommen. Es wird daher zweckmäßig sein, schon im Laufe dieses Jahres zur Durchführung eines Tarifes für Grätz zu schreiten. Kollege Ringel schilderte die lange Arbeitszeit und deren Folgen; die schlechten Bauenden, sowie die menschenunwürdigen Logierverhältnisse. In Weiterzählungen müssen die Kollegen sehr oft die Hände zudrücken. Hier sind geistliche Referenten notwendig. Wenn uns nun die Unternehmer auf nächstes Jahr versprechen, so kann dieses nicht für uns maßgebend sein. Deshalb heißt es jetzt gearbeitet, damit auch der letzte Kollege in den Verband hineinkommt. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne der Referenten aus. Der Erfolg war der, daß sich eine Anzahl Kollegen ausprechen ließen. Mit einem begeisterten Hoch auf die christliche Organisation, in der alle Kollegen sich ohne Unterlass der Konfession und Nationalität berechnen sollten, wurde die interessante Besprechung geschlossen.

und Bauhilfsarbeitern nach Hagen erwünscht." Dieses scheint den führenden Genossen des freien Maurer-Verbandes von Hagen doch über den Horizont zu gehen. Sie haben daher rasch Zurücktritt bei der Freien Presse — parbon „Freien Presse“ gesucht, und schreibt dieselbe unter Hagen:

„In der „Baugewerkschaft“ lesen wir: Bezug von christlich organisierten Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern nach Hagen erwünscht! Man sollte doch meinen, da eine gemeinschaftliche Versammlung am 29. Mai stattgefunden hat, daß die Unternehmer, welche den Tarif nicht einhalten, zu sperren seien. Es sind dies: Post, Wisse, Platte, Kramer, Schöne, Fischer, Wilhelm, Nebelung und Wähle. Da nicht nur Bezug von auswärts, wo hier genügend Arbeitslose vorhanden sind. Die Bauarbeiter von obengenannten Unternehmern sollten doch untergebracht werden.“

Wie das klingt! Zu bebauern ist bloß, daß die „bedingten“ (wie ja natürlich nicht anders den Leuten vom Schläge Wünsche und Konsonanten zuzutrauen ist), der Wahrheit die Ehre nicht geben. Denn wäre man so ehrlich gewesen und hätte die Notiz in Nr. 23 der „Baugewerkschaft“ der „Freien Presse“ wörtlich oder ganz zugesandt, würden die betr. Redakteure, selbst wenn es die radikalsten Christenfeinde seien, es als Unsinn bezeichnet haben, gegen solchen Bezug etwas einzuwenden. Es läßt dieses darauf hindeuten, daß sich die Genossen über oder um die Geschäftsführung der Christlichen ganz riesig aufhalten, zumal man jetzt, wie die betheiligten Christlichen sich immer mehr Einfluß auch hier im Bezirk Hagen verschaffen. Zur Aufklärung oder Klärung der Stellung ist die Notiz der „Baugewerkschaft“ angeführt:

**Achtung! Hagen i. Westf. Achtung!**

Bezug von christlich organisierten Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern nach Hagen erwünscht.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche hier zugereichte Kollegen sich am Sekretariat, Körnerstraße Nr. 17, II. Etage, zu melden haben, damit denselben die Arbeit von hier aus nachgewiesen wird.

Dieses ist strikte zu beachten, weil die Kollegen sich sonst der Gefahr aussetzen, bei den tarifschuldigsten Unternehmern in Arbeit zu kommen. Den Kollegen von Hagen und Umgegend zur Kenntnis, daß die Unternehmer Post, Wisse u. Platte, Kramer, Schöne, Fischer, Wilhelm, Nebelung, Gustav und Wähle zu meiden sind. Letztgenannter auf der Baustelle in Gilpe, die übrigen auf sämtlichen Baustellen. Genannte Unternehmer lassen 11 Stunden arbeiten und sind somit tarifschuldig. Es ist darum doppelt notwendig, sich vor Annahme von Arbeit auf dem Bauamt zu erkundigen.

Vergleichen wir dieses, so sehen wir, wie gering die Wahrheit bei den Genossen gefaßt wird.

Der Schreiber des Artikels der „Freien Presse“ hat bloß die Absicht, die Uneinigkeit zwischen den beiden Organisationen und den organisierten Kollegen auf den Baustellen noch mehr wie bisher zu schüren. Wo die genügenden Arbeitslosen sein sollen, ist uns nicht bekannt, denn sonst würde nicht jeden Tag Nachfrage nach Bauarbeitern sein; aber es läßt sich begreifen, wenn man das ganze Frühjahr hindurch mit diesem hinterhältigen Mittel umgeht, um heimlich Leute heranzubereiten. Wir sind so ehrlich, um öffentlich Bezug bekanntzugeben, damit jedem Arbeiter ohne Unterschied seiner Überzeugung Arbeitsgelegenheit geboten ist. Wenn man sich freilich Leute telegraphisch beordert, um die Stellen zu besetzen, obwohl man die Sperre über genannte Unternehmer verhängen will, wo ungefähr 20-25 organisierte Kollegen von den Freien am Arbeiten sind, gebe ich zu, daß man sich jetzt ängstigt, wo man diese unterbringen soll. Wir unterseits haben bei sämtlichen tarifschuldigsten Firmen unsere Kollegen weggezogen bis auf vier, und diese haben gekündigt. Hätte man auch so gehandelt und die bei der Sperre in Frage kommenden Kollegen dahin gebracht, wo man die telegraphisch Beordneten hingeführt hat, so wäre Mißtraue dieser Sperre entfallen. Wie man die eigenen Kollegen behandelt, geht hier ohne „Kommentar“ zur Genüge hervor. Kollegen, betrachten wir uns jetzt das häufigste Wort: „Wo ist die Solidarität, die ich den Christlichen gegenüber gelbt habe, sind sie nicht wert?“, umgekehrt trifft dieses aber zu. Hier schon ins Gesicht geschmissen, bei den andern brecht man den Speich um. Also, Kollegen, um diesem in Zukunft energisch entgegenzutreten zu können, rate ich, fleißig wie immer die Versammlungen zu besuchen, und für jede Versammlung einen Kollegen zu gewinnen versuchen, so werden wir auch diesem Mißstande energischer entgegenzutreten können.

**Dortmund, 8. Juni 1907.** Unsere heutige Mitgliederversammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Bericht von der letzten Baudelegiertenversammlung, 3. Bericht über die Parteilösung, 4. Bericht über die Baudelegiertenversammlung. Kollege Kollte führte uns in längerer Rede die Entstehung der deutschen Gewerkschaften vor Augen. An der Hand von Tatsachen zeigte er uns, daß trotz des Geschehens der sozialdemokratischen Gewerkschaften diese für die Arbeiter sehr wenig geleistet, sondern sich zu Handlangern der Sozialdemokratie gemacht haben. Andererseits bewies er uns, daß die christlichen Gewerkschaften, gerade weil sie sowohl politisch als auch religiös vollständig neutral seien, einzig in der Lage seien, für den Arbeiter wirksam einzutreten. Und gerade aus diesem Grunde müßten aber auch alle Kollegen für die christliche Bewegung agitieren. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kraft, Sommerfeld und Petri. Zu Punkt 2. erhaltete Kollege Kraft II. den Bericht über die letzte Baudelegiertenversammlung. Anwesend waren 23 Delegierte, dieselben vertraten 95 christlich, 87 sozialdemokratisch und 13 indifferenten Bauhilfsarbeiter. Kollege Kollte führte aus, daß uns das Resultat nicht befriedigen dürfe, sondern unser Bestreben dahin gehen müsse, an allen Baustellen das Baudelegierten-System durchzuführen. Zu Punkt 3. Parteilösung, teilte uns Kollege Kollte mit, daß die Gewerkschaften im September stattfinden, und ermahnte die Kollegen, schon jetzt für dieselben zu agitieren. Das Gewerkschaftenfest findet am 4. August an der Hübelschlag statt. Als Teilnehmer ist Voll. Wiedberg in Vorschlag gebracht. Zu Punkt Bericht über die letzten Baudelegiertenversammlung wurde ein interessantes Vortragsstück gegeben.

**Kassel, 12. Juni.** Ein Beispiel, wie die Herren Genossen mit ihrer Organisation die Arbeiter unterwerfen wollen, liefert uns hier der letzte. Nachdem sie einsehen, daß der christliche Bauhilfsverband hier große Fortschritte macht, und ihnen damit für Ewigkeit den Boden entzogen, haben sie ganz aus dem Handwinken der christlichen Baudelegierten der „Freien Presse“ geschrieben, daß sie sich an den christlichen Baudelegierten rächen wollen. Und in der Tat, nachdem sie die christlichen Baudelegierten in der Zeitung als „Kriegsgegner“ bezeichnet haben, haben sie den christlichen Baudelegierten in der Zeitung als „Kriegsgegner“ bezeichnet. Und in der Tat, nachdem sie die christlichen Baudelegierten in der Zeitung als „Kriegsgegner“ bezeichnet haben, haben sie den christlichen Baudelegierten in der Zeitung als „Kriegsgegner“ bezeichnet.

und die andern versprochen, in nächster Zeit sich ihren Kollegen anzuschließen.

**Duisburg, 10. Juni.** Theorie und Praxis sind zwei verschiedene Begriffe, so denken die Herren Genossen. Ein hiesiger Bauunternehmer, der nicht dem Arbeitgeberverband angehört, aber die tarifmäßige Löhne zahlt, beschäftigt bei dem Neubau einer Wirtschaft fast 1000 unorganisierte Arbeiter. Als weiße Raben sind unter diesen Indifferenten aber zwei Mitglieder des sozialdemokratischen Maurerverbandes, die zugleich als „zielbewusste Genossen“ bekannt sind. Trotzdem hier durch Tarifabschluß die gehaltvolle Arbeitszeit festgelegt ist, arbeiten diese beiden mit den unorganisierten zusammen täglich 10 1/2 Stunden, also eine halbe Stunde über die im Tarif festgelegte Arbeitszeit. Überall besteht heute in der Bauarbeitergewerkschaft das Bestreben, die Arbeitszeit zu verkürzen und die einzelnen Organisationen arbeiten ununterbrochen nach dieser Richtung. Die Herren Genossen aber gehen hin und arbeiten freiwillig länger und machen diese Bestrebungen auf diese Weise wieder illusorisch. Ist das vielleicht auch ein Zeichen von „Zielbewußtheit“? Vertritt sich ein solches Verhalten mit den Grundgedanken der Organisationsarbeit? Doch gewiß nicht. Einem organisierten Arbeiter müssen ideale Bestrebungen, wie Verkürzung der Arbeitszeit, doch höher stehen, als ein paar Groschen für den persönlichen Vorteil. Vielleicht ummißt der hiesige Beamte des freien Maurerverbandes mal Veranlassung, die beiden aufzuklären. Es läßt sich von Herrn Berndt kaum annehmen, daß er das Verhalten seiner Genossen billigt. Wenn christlich organisierte dergleichen Extratouren machten, würde es als Verbrechen angesehen, aber bei Genossen, ja, Bauer, da ist es etwas anderes.

**Düren, 10. Juni.** Am Sonntag, den 2. Juni, fand eine Ausschussung der hiesigen Baustellen statt. Kollege Katz eröffnete die Sitzung und begrüßte kurz die erschienenen Delegierten. Auf der Tagesordnung stand: 1. Zentralisation, 2. Beratung des Baudelegierten-Statuts, 3. Wahl des Baudelegierten-Vorstandes, 4. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz. Nach dem Kollege Katz die Notwendigkeit der Zentralisation dargelegt und die Delegierten der Baustellen Bericht erstattet hatten, sprach er über den Ausbau der Baustellen. In ausführlicher Weise wies Redner darauf hin, daß zur Fortentwicklung einer Baustelle der Vorstand sich seiner Aufgabe bewußt sein muß. Ebenfalls sei ein Stamm eifriger Vertrauensmänner anzustellen. Nicht aus materiellen Bestrebungen, sondern aus Idealismus soll ein Vertrauensmann seinen Posten ausfüllen. Eine Baustelle soll sich stetig und finanziell emporarbeiten, und der Vorstand muß sich stetig darauf hin, seine Baustelle auf die Höhe zu bringen. In der Diskussion wurde insbesondere noch hervorgehoben, daß zur besseren Durchführung eine kleine Bibliothek anzuschaffen und das Baudelegierten-System besser auszubauen sei. Zu bebauern ist es, daß es noch immer Bauten ohne Baudelegierten gibt. In Zukunft muß auf jeder Baustelle ein Delegierter gewählt werden. Nachdem das Statut beraten, wurden in den Vorstand gewählt: als erster und zweiter Vorsitzender die Kollegen Katz und Knapp, als Kassierer die Kollegen Nießen und Löwentich, als Schriftführer die Kollegen Schlegel und Wilms, zu Revisoren die Kollegen Strauch und Braumüller. Zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Katz und Knapp als Delegierte bestimmt. Mit dem Wunsche, die heutigen Anregungen in die Tat umzusetzen, schloß Kollege Katz die Sitzung. Kollegen, jetzt gilt es, das Erreichte zu erhalten und wo möglich zu erweitern. Heute zählen wir 231 Mitglieder. Diese Zahl kann und soll noch vergrößert werden. Trete deshalb Mann für Mann in die Agitation, und die Zeit wird kommen, wo auch die Arbeitgeber mit uns rechnen müssen.

**Weggen, 10. Juni.** Am Sonntag, den 20. Mai, hielt unsere Baustelle eine öffentliche Versammlung ab, die gut besucht war. Kollege Franz aus Pöhl erläuterte die Wichtigkeit der Organisation, machte auch den Kollegen klar, warum wir uns christlich organisieren. Eingehend erörterte er die schlichten Verhältnisse in Döppeln und Umgegend; sollen diese geändert werden, ist es notwendig, daß sich alle Kollegen der Organisation anschließen. Kollege Döppeln hielt den Kollegen vor, daß sie auch ihre Beiträge richtig und pünktlich zu zahlen verpflichtet seien und ermahnte die Kollegen zu tüchtiger, energischer Agitation. Der Vortrag in Döppeln läuft mit dem letzten Dezember dieses Jahres ab und da müssen wir den Meistern zeigen, daß wir am Platze sind und eine starke Mitgliederzahl hinter uns haben. Kollege Döppeln erinnerte an die Baupreise in Döppeln, wo die Meister der Meinung waren, es gebe nur eine Organisation. Als ihnen aber erklärt wurde, daß auch die Christlichen eine starke Gruppe bilden, wurde alles bewilligt. Am Schluß der Versammlung erklärten mehrere Kollegen ihren Beitritt. Mit einem Hoch auf die christliche Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

**Wiesbaden, 10. Juni.** Am Sonntag, den 9. Juni, tagte hier im Lokal des Herrn Schulz eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung, welche stark besucht war, auch die Arbeitgeber und Ziegeleibesitzer waren zahlreich vertreten. Als Referent war Kollege Schönleins aus Königberg anwesend, welcher in 1/2stündigem Vortrage über „den Zusammenschluß der Bauarbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden“ referierte. Aufmerksam lauschten alle Zuhörer den Ausführungen und bewies der Beifall, daß alle Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren, war es doch das erstemal, wo in Wiesbaden eine Versammlung stattfand. In der Diskussion nahm der Maurermeister Herr Blüthgen das Wort, welcher an den Ausführungen des Referenten nichts auszusetzen hatte; er meinte nur, daß man dieses Jahr nicht mehr mit Forderungen kommen sollte, weil die Baubetriebe nach dem alten Lohnsatz abgeschlossen seien. Dagegen meinte der Herr, daß wir unsere Wünsche diesen Herbst den Arbeitgebern unterbreiten müßten und wir dann zum nächsten Jahr einen Tarifvertrag abschließen könnten, da nur dieser dem Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer diene. Auch diese Ausführungen, obwohl von einem Arbeitgeber geäußert, fanden den Beifall der Versammlung. Es melbten sich nunmehr 50 Kollegen, Maurer, Zimmerer und Arbeiter, zur Aufnahme und konnte zur Bildung einer Baustelle geschritten werden. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden die Kollegen Valentin Gudnowski als Vorsitzender, Albert Nagel als Kassierer und Eduard Grunwald als Schriftführer einstimmig gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Joz. Wunderlich (Zimmerpolier) und Alb. Breuer (Zimmerer) gewählt. Außerdem wurden dem Kassierer noch zwei Hilfskassierer zur Seite gestellt und zwar die Kollegen Mannsack und Grögle. Nachdem der Kollege Schönleins die neugewählten Vorstände auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht hatte und die Mitglieder zu eifriger Agitationsarbeit angehort hatte, wurde die schonverlaufene Versammlung mit einem dreifachen, mit Begeisterung aufgenommenen Hoch geschlossen. Kollegen von Wiesbaden, in dieser ersten Versammlung hat ihr eine Begrüßung für unsere gute Sache an den Tag gelegt, wie sie nicht besser gefunden werden kann; fällt diese an, so kann der Verband etwas Gutes leisten für euch. Darum werdet tüchtige Verbandskollegen, mit dem wird es möglich sein, gesunde Zustände für euch zu schaffen.

**Wiesbaden, 9. Juni.** Am Sonntag, den 9. Juni, fand eine öffentliche Versammlung der Baustelle des Herrn Schulz statt, welche stark besucht war, auch die Arbeitgeber und Ziegeleibesitzer waren zahlreich vertreten. Als Referent war Kollege Schönleins aus Königberg anwesend, welcher in 1/2stündigem Vortrage über „den Zusammenschluß der Bauarbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden“ referierte. Aufmerksam lauschten alle Zuhörer den Ausführungen und bewies der Beifall, daß alle Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren, war es doch das erstemal, wo in Wiesbaden eine Versammlung stattfand. In der Diskussion nahm der Maurermeister Herr Blüthgen das Wort, welcher an den Ausführungen des Referenten nichts auszusetzen hatte; er meinte nur, daß man dieses Jahr nicht mehr mit Forderungen kommen sollte, weil die Baubetriebe nach dem alten Lohnsatz abgeschlossen seien. Dagegen meinte der Herr, daß wir unsere Wünsche diesen Herbst den Arbeitgebern unterbreiten müßten und wir dann zum nächsten Jahr einen Tarifvertrag abschließen könnten, da nur dieser dem Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer diene. Auch diese Ausführungen, obwohl von einem Arbeitgeber geäußert, fanden den Beifall der Versammlung. Es melbten sich nunmehr 50 Kollegen, Maurer, Zimmerer und Arbeiter, zur Aufnahme und konnte zur Bildung einer Baustelle geschritten werden. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden die Kollegen Valentin Gudnowski als Vorsitzender, Albert Nagel als Kassierer und Eduard Grunwald als Schriftführer einstimmig gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Joz. Wunderlich (Zimmerpolier) und Alb. Breuer (Zimmerer) gewählt. Außerdem wurden dem Kassierer noch zwei Hilfskassierer zur Seite gestellt und zwar die Kollegen Mannsack und Grögle. Nachdem der Kollege Schönleins die neugewählten Vorstände auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht hatte und die Mitglieder zu eifriger Agitationsarbeit angehort hatte, wurde die schonverlaufene Versammlung mit einem dreifachen, mit Begeisterung aufgenommenen Hoch geschlossen. Kollegen von Wiesbaden, in dieser ersten Versammlung hat ihr eine Begrüßung für unsere gute Sache an den Tag gelegt, wie sie nicht besser gefunden werden kann; fällt diese an, so kann der Verband etwas Gutes leisten für euch. Darum werdet tüchtige Verbandskollegen, mit dem wird es möglich sein, gesunde Zustände für euch zu schaffen.

abhielten. Heute fand eine Versammlung im Seng Lokale statt, in welcher Kollege Schleier-Frankfurt Bericht über die Generalversammlung und deren Beschlüsse erstattete. Wenige Monate, so führte Redner aus, trennen uns von Tage, an dem unser Tarif im Baugewerbe zu Ende geht. Nicht allein wir sind es, die am 31. März nächsten Jahres tragslos werden, sondern mit uns noch ca. zwei Drittel der Baustellkollegen, die über fast ganz Deutschland verteilt unsere Aufgabe besteht daher darin, nach Ablauf dieser Trage neue und vorteilhaftere für unsere Kollegen zum Schluß zu bringen. Ob dieses aber ohne Kampf gelingen läßt, läßt sich nicht voraussagen. Die Lohnkämpfe, die zurzeit führt werden, lassen vielmehr darauf schließen, daß wir auf schwere Kämpfe vorbereiten müssen. Dazu ist aber starke Masse die erste Bedingung. Von diesem Gesichtspunkt habe ich auch die General-Versammlung leiten lassen und fast einstimmigen Beschluß gefaßt, einen Extratrag für das Jahr einzuführen. Derselbe besteht in acht Extratragstunden, die in der Höhe eines Wochenbetrags gehalten sind und in den Monaten Juni, Juli, August und September je zwei Tage zu bringen. Die Kollegen der Verwaltungsstelle Frankfurt haben mit wenigen Ausnahmen diesen Beschluß für richtig gehalten. Die Baustelle Wiesbaden sollte das selbe tun. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Kollegen Schleier zu und erklärte, sich den Bestimmungen der General-Versammlung in jeder Beziehung fügen zu wollen.

Anmerk.: Manche andere Baustelle sollte sich Widersprechendes Vorbild nehmen; denn ohne Opfer keinen Sieg.

**Emden, 26. Mai.** Die in den Monaten März und April gegründeten Baustellen der Hilfs- und Transportarbeiter, wie der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter verzeichneten sich zum Glück, trotz des von den Genossen in Szene gesetzten Kampfs am Sonnabend, den 18. ds., fand eine ziemlich große Mitglieder-Versammlung der Hilfs- und Transportarbeiter statt. In der Erledigung des geschäftlichen Teils, hielt der Arbeitersekretär Dea einen etwa einstündigen Vortrag über das Thema: Grundprinzipien der drei Gewerkschaftsrichtungen und was christliche Gewerkschaften? In der am Dienstag, den 21. ds., gehaltenen Mitglieder-Versammlung der Bauhandwerker hielt Kollege Nießen einen Vortrag über das selbe Thema. In beiden Versammlungen folgten die Zuhörer mit Aufmerksamkeit den Ausführungen des Vortragenden. Es wurde beschlossen, den Mitgliedern Aufklärung über Zweck und Ziele unserer Gewerkschaften zu geben, und dieselben zur Arbeit anzuregen, in der Mitglieder-Versammlung einen kurzen Vortrag zu halten und Diskussion zu stellen. Dem Vortrage folgte der geschäftliche Teil der Art der Agitation wurde sehr besprochen. Zur Bezirkskonferenz wird der Kassierer der Bauhandwerker, Kollege nach Döppeln entsandt. Zeigen unsere Mitglieder Interesse und Enthusiasmus, so werden wir auch hier, wenn auch langsam, jedoch sicher das Terrain gewinnen. Wie die Genossen gegen unsere Kollegen hier vorgehen, zeigt folgender Bericht: Kollege Nießen arbeitete seit Mittwoch, den 23. ds., mittags auf dem Bau des Unternehmers Schortau (es wird für Eisenbahn ein Wasserwerk gebaut). Der rote Baudelegierte forderte unsern Kollegen das Verbandsbuch ab mit der Forderung er auch zur Partei gehöre. Kollege Nießen überreichte ihm das Buch mit dem Bemerkten, er sei nicht Mitglied der Partei. Baudelegierte muß wohl den Unterschied im Verbandsbuch unserer Kollegen nicht kapiert haben, er frag ihn deshalb, wie es kommen darf er nur Karten zu 50 Pf. verwenden. Erß als unser Kollege ihm klar machte, er sei doch christlich organisiert, hatte der Mann die Sachlage erfasst. Nun ging natürlich das Schimpflos, namentlich von drei Genossen. Selbstverständlich richtete sich die Schmähungen in erster Linie gegen die religiöse Uezeugung unserer Kollegen, doch konnten sie auch nicht um denselben „Streich“ zu vermeiden. Als später der Unternehmer erschien, und unser Kollege ihm auf die Frage, wie er nicht organisiert sei, antwortete, er sei christlich organisiert, meinte derselbe den Genossen gegenüber, es sei ganz gleich, welcher Organisation unser Kollege angehört. Da erkläre ihm der Delegierte ganz verlegen, er dürfe mit uns Kollegen nicht zusammenarbeiten. In der Baudelegierten Genossen unter sich, sie würden die Arbeit niederlegen, wo der Christliche nicht einlassen würde. Als dann unser Kollege warnend auf die Hand hinwies, erwiderten sie ihm, er möge hübsch artig sein, sonst würden sie ihm mit der Wasserwerk den Kopf einschlagen. Unser Kollege mußte natürlich den Baudelegierten diesen Vorfall mit dem gerichtlichen Nachspiel mit sich ziehen. In der Nacht wurden einem unserer Kollegen, der der Aktien-Brauer mit Genossen zusammen arbeitete, auf dem Rücken seines Fahrreises durchschnitten und demoliert. Er selbst sollte sich dem sozialdemokratischen Verband anschließen, was er ablehnte. Auf denselben Brauer wurde ein Kollege in dem Augenblick, als er sein Gobelesen schließen wollte, nur der Hölle, sondern auch das Gobelesen entwendet. Diese Vorfälle zeigen, wie notwendig die Stärkung der christlichen Organisation hier selbst ist. (Das Papier war auf beiden Seiten beschrieben. D. N.)

**Zablen.** Trobden erst am 17. März d. J. eine Baustelle unseres Verbandes hier gegründet wurde, und die Mitgliederzahl erst in der letzten Zeit auf 50 stieg, nahm eine öffentliche Versammlung am 28. Mai Stellung zu unsern Lohn- und Arbeitsbedingungen, und beschloß, den hiesigen Arbeitgeber sowie der Direktion der ostpreussischen Besserungsanstalt, welche jedes Jahr an 30 Maurer beschäftigt, eine Forderung einreichen, auf Einführung des Stundenlohnes in der Höhe 42 Pf. und 10 1/2stündige Arbeitszeit, gegen bisher von 11 Stunden und 4.20 M. Tageslohn. Am Freitag, den 14. Juni, fand nun eine Sitzung mit den Arbeitgebern statt, an welcher Kollege Schönleins aus Königberg und unser Kassierer, Kollege Schwerner, teilnahmen. Die Arbeitgeber, außer dem Direktor der Anstalt, stellten sich nun auf den Standpunkt, überhaupt nichts zu bewilligen für dieses Jahr, noch viel weniger würden sie sich christlich binden. Nach einer dreistündigen Verhandlung wurde man sich schließlich über folgendes einig: 1. Es wird ein Stundenlohn von 41 Pf. gezahlt und tritt dieser Lohnsatz sofort in Kraft. 2. Die Arbeitszeit für dieses Jahr wird 11 Stunden, jedoch soll im Herbst mit umliegenden Städten in Verbindung getreten werden, um einem Tarifvertrage zu kommen. Die Versammlung an demselben Abend, in welcher den Kollegen das Resultat mitgeteilt wurde, nahm die Abmachung für dieses Jahr einstimmig an. Kollegen von Zablen, trobden erst zum Teil ein Bogen unserm Verbande angehört, ist der Erfolg der Organisation schon vorhanden; arbeitet deshalb unablässig für unsern Verband.

**Zimmern.** **Schley, 15. Juni.** Western abend fand im christlichen Werkhalslokale, Gasthaus zum grünen Baum, eine Versammlung der nunmehr gegründeten Baustelle der christlichen Handwerker von Schley und Umgegend statt. Kamerad De Wittler aus Schley führte den Vortrag und leitete die Versammlung. Nachdem derselbe auf die Bedeutung und Wichtigkeit der Organisation hingewiesen hatte, erfolgten mehrere Aufnahmen, so daß die Zahl der Mitglieder weit über 20 liegt; dann wurde der Vorstandswahl vorgenommen, wurden gewählt: Hünnermann Hermann Müller als erster Vorsitzender, Herr Schley, Stellv., Kramer Wilhelm, Gehlen, Schriftführer, Hünnermann Franz Langner als Stellv., Herr Sach als Kassierer, Voll. Louis Rieger und Carl Hünnermann als Kontrollen. Die christlich organisierten Kollegen sind alle Zimmerer. Lösung: Nicht notwendig.

Stein- und Marmorarbeiter.

Buchholz. (Westerwald.) Im Untertewerwald bis an den Rhein, wo ca. 12-1800 Arbeiter in der Hartstein-Industrie beschäftigt sind, macht sich der Gewerkschaftsgedanke immer mehr bemerkbar. So wurden am Sonntag, den 26. Mai, durch Kollege Manns und Kollege Benhard aus Frankfurt zwei öffentliche Versammlungen in Buchholz und Asbach (Westerwald) abgehalten. Erstere war gut besucht. In der Diskussion wurde festgestellt, daß es einen Betrieb gibt, wo der verdiente Lohn erst nach 8-8 Wochen zur Auszahlung gelangt. Im allgemeinen liegen die Löhne zwischen 28-34 Pf. pro Stunde. Es ließen sich die Kollegen aufnehmen und wurde der Vorstand gewählt. Die Versammlung in Asbach war durch die kurz vor der Versammlung einsetzende schlechte Witterung nicht gut besucht. Unter den Anwesenden befand sich auch ein gewisser Dr. Kramer, Teilhaber eines Betriebes. Er meinte in der Diskussion, wenn man die Unternehmer zwingen wollte, höhere Löhne zu zahlen, dann würden die Betriebe stillgelegt werden, usw. Der Herr, der nebenbei gesagt, praktischer Arzt ist, von dem man sowohl in geschäftlicher wie auch sozialer Hinsicht mehr Verständnis hätte erwarten sollen, scheint gar nicht zu wissen, daß mit dem Zurücklassen auch der Verdienst der Unternehmer aufhöret. Die Kollegen lassen sich aber auch so leicht nicht schrecken, und werden sich dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und verwandter Berufe anschließen. Die Anerkennung und unsere Rechte können nur durch eine geschlossene Masse erreicht werden. Mann für Mann sollen sich daher die Kollegen anschließen, dann wird der Arbeiter des Westerwaldes in eine bessere Lebenslage gelangen.

Nachen. Sonntag, den 2. Juni, fand eine Mitglieder-Versammlung der Marmorarbeiter und Steinmetzen statt, welche vom Vorsitzenden, Kollegen Mertens, eröffnet wurde. Zu Punkt 1, Bericht über den Verbandstag, erhielt Kollege Zimmermann das Wort, welcher die Hauptpunkte anführte, woran sich eine lebhafteste Diskussion anschloß. Es wurde begrüßt, daß die General-Versammlung dazu übergegangen sei, den Titel zu ändern, nämlich die Agitation unter den Steinarbeitern bessere Fortschritte zu machen. Für die Extrabeiträge und für Durchführung derselben versprachen sämtliche Kollegen einzutreten, da es besonders wichtig wäre, für starke Kassen zu sorgen, damit die trotzigen Unternehmerabsichten durchkreuzt werden könnten. Der Vorstand forderte alle Kollegen auf, für die Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen und in den Werkstätten, wo kein Vertrauensmann ist, sofort einen zu wählen und dafür zu sorgen, daß der Vertrag voll und ganz durchgeführt wird. Disziplin muß in unseren Reihen herrschen, damit wir in jeder Zeit trotzen können. Darum, Kollegen, agitiert, damit die Mitglieder gerilltet sind.

Münster. Am Sonntag, den 9. Juni, fand eine Versammlung der Stein- und Marmorarbeiter im Lokal des Wirts Agethen, Clemensstraße, statt. Der Zweck derselben war die Gründung einer Zunftstelle. Kollege Knospe führte den Anwesenden den Zweck und Nutzen der Organisation durch verschiedene Beispiele bestehender Zunftstellen der christlichen Verbände vor Augen, welche durch die Organisation bedeutende Vorteile erringen haben. Dasselbe könnte auch für die Stein- und Marmorarbeiter eintreten, wenn sie sich alle dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker anschließen würden. Dann ging derselbe auf die kritischen Verhältnisse über und schilderte die traurigen Zustände, welche da herrschen und forderte die Anwesenden auf, der Zunftstelle beizutreten, um dann durch den Zusammenschluß die bestehenden Mängel zu beseitigen. Kollege Kleinmunte, Vorsitzender der Maurer, forderte ebenfalls die Anwesenden auf, dem Verbande beizutreten, um das Vertrauen nachzubolen. Dann ging derselbe auf die freien Gewerkschaften ein und wies die Versammelten den Unterschied zwischen christlichen und freien dar, welches die Genossen, die anwesend waren, nicht vertragen konnten und ihnen wohl nicht angenehm war; sie machten Zwischenbemerkungen und wurden unruhig. Kollege Knospe forderte Kollege Knospe diejenigen, die dem christlichen Verbande nicht angehören, auf, den Saal zu verlassen, da man zur Vorstandswahl schreiten wolle. Dieses ging den Genossen an die Mienen und gebärdeten sie sich wie Wilde. Sie wollten den Saal nicht verlassen und mußten erst durch Eingreifen des Wirtes an die Luft gesetzt werden. Es haben sich 18 Stein- und Marmorarbeiter der Zunftstelle angeschlossen. Derselben wählten unter sich einen provisorischen Vorstand, bestehend aus Joseph Knospe (Vorsitzender), Adolf Pöpping

(Christführer) und Heinrich Abbenhaus (Kassierer). Sonntag, den 23. Juni, soll die endgültige Vorstandswahl stattfinden, zu welcher die noch fernstehenden Stein- und Marmorarbeiter eingeladen werden. Möge der Friede, der gepflanzt worden ist, sich entwickeln und erstarren.

Opferwilligkeit.

Wenn irgendwo Opfer, persönliche und finanzielle, gebracht worden sind und noch gebracht werden müssen, dann ist es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Man braucht nur jene Kollegen erzählen hören, welche in den Gründungsjahren in den vorbersten Reihen mitgekämpft haben. Maßregelungen von Seiten der Unternehmer, Verhöhnung und Terrorisierung der Genossen, Bestrafungen und Schikanierungen der Polizei und Behörden, alles das war zu überwinden. Es kommt noch weiter hinzu, daß die in der Agitation stehenden Kollegen mit einer unangenehmen Arbeiterschaft zu rechnen hatten, in der Bewegung selbst die Kräfte mangelten, und wenig Agitationsmaterial zur Verfügung stand. Freigestellte Beamte gab es fast gar nicht, die Agitation mußte meistens Sonntags betrieblen werden, und zwar unter Dringung der größten finanziellen wie persönlichen Opfer. Fürwahr, mit Gedulde ist gekämpft worden, und heute könnte so mancher sich noch ein Beispiel daran nehmen. Die Opfer, welche gebracht sind, waren aber nicht vergebens. Heute haben die Kollegen den herrlichsten Lohn für dieselben, und der liegt darin, daß durch ihre Tätigkeit unsere Bewegung riesig an Ausdehnung zugenommen hat; durch dieselbe aber auch materielle Erfolge der Arbeiterchaft zugeflossen sind.

Aber noch lange nicht sind alle Hindernisse überwunden, noch arbeiten die Feinde von rechts und von links. Immer bedarf es noch Opfer, um unsere Bewegung weiterzubringen. Wohl werden auch heute noch manche Opfer gebracht, daß zeigen die steten Beitragsberühmungen der einzelnen Verbände, das Ausschreiben der Extrabeiträge, die Summen, welche freiwillig bei größeren Streiks und Aussperrungen gesammelt wurden. Wenn auch hier und da Kritiker aufstehen, so gelten diese nicht für die Allgemeinheit. Auch so manche persönliche Opfer werden noch gebracht, sind es doch noch eine ganze Reihe Kollegen, welche sich ungeliebt in den Dienst der Sache gestellt haben. Mit Freuden ist es zu beobachten, wie an manchen Orten mit wachem Feuergeist gearbeitet wird. In diesem Punkte könnte an gewissen Orten allerdings noch etwas mehr geschehen, und muß hier die Opferwilligkeit einen weiteren Anstoß erfahren.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist bisher nur auf einige Landesteile ausgedehnt. Es gibt noch Gegenden, wo man kaum unsere Bewegung kennt, so in Norddeutschland und im Königreich Sachsen. In neuester Zeit sind allerdings auch hier Ansätze zu verzeichnen. Die Sozialdemokraten glauben ja, daß diese Gegenden unbestritten ihre Domänen bleiben würden. Dem ist aber nicht so, es ist auch dort noch Boden für uns vorhanden, er muß nur richtig beachtet werden. Hierzu heißt es an erster Stelle persönliche Opfer bringen. Die Genossen kämpfen dort mit einem Fanatismus, der jeder Beschreibung fähig ist, er übertrifft alles, was an Hohn und Mißachtung bisher von jenen geleistet worden ist. Sie kämpfen eben den Bewußtseinskampf; sie wissen ganz gut, daß, wenn unsere Bewegung über ganz Deutschland verbreitet ist, dieselbe auch noch eine weitere, aber auch schnellere Ausdehnung gewinnt, wie bisher.

Seider zu oft haben die Genossen Erfolg mit ihren Gewalttaten, indem dieselben unsere Kollegen zum Umschreiben zwingen oder brotlos machen. Dieses wirkt beängstigend auf andere christlich gesinnte Kollegen, und sind dieselben dann schwer für uns zu gewinnen. Um so schwerer haben diejenigen zu kämpfen, welche treu und fest an unserer Bewegung halten. Es könnte ihnen aber bedeutend erleichtert werden, wenn wir den Bezug nach solchen Orten fördern. Denn je größer unsere Zahl, um so größer ist unsere Macht und der Einfluß nach allen Seiten. Aber hier fehlt es noch manchen Kollegen an Opferwille, ganz besonders trifft dieses bei den jungen unverheirateten Kollegen zu. Wir haben in unserer Bewegung einen großen Teil Mitglieder, welche darauf angewiesen sind, in der Fremde Arbeit zu nehmen, aber auch diese sind nicht zu bewegen, solche Orte aufzusuchen, obschon es ihnen gleich sein könnte, wo sie ihre Arbeitskraft an den Mann bringen.

So manchen jungen Kollegen läte es mal gut, wenn sie „Ihr Mädel“ schnürten und Mutters Kopf den Mädchen lehrten, damit sie Hand und Leute kennen lernen, mit den verschiedenen Arbeitsmethoden sich vertraut machen, zugleich aber auch unserer Bewegung einen Dienst zu erwiesen, indem sie solche Orte aufsuchen, wo wir noch schwach sind. Es muß für die Zukunft unsere Pflicht sein, besonders in dem Orte wo wir stark sind, oder sogar das Feld allein beherrschen, in unsern Kollegen diese Opferwilligkeit zu wecken. Soll unsere Bewegung so weiter auf dem Vormarsch bleiben, dann müssen uns alle Provinzen unseres Vaterlandes erschlossen werden. Dieses kann gefördert werden durch systematische Beschäftigung. Darum, Kollegen, hinaus in jene Gegenden, helft unsern Kollegen dort den Kampf gewinnen, damit wir uns überall die Anerkennung und Gleichberechtigung erkämpfen; und den schändlichen Terrorismus der Genossen zurückweisen können.

Nur der verdient die Freiheit, welcher sie täglich sich erkämpfen muß. NB: Anweisungen werden von der Zentralkasse gegeben.

Christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Herr Pfarrer Mumm schreibt uns: Vor mir liegt der Bericht des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands über die Jahre 1905 und 1906. Nicht wahr, wer von der Straße die Maurer auf dem Bau sieht, hält sie für ein trübes und rohes Volk, das man nicht halten in seiner Wohnung sieht. Und es ist zuzugeben, daß die rauhe Arbeit des Maurers dem Hause, in dem sie weilen, viel Ungelegenheiten macht und daß auch die Seele wohl leiden kann unter der rauhen Arbeit. Und doch hat in diesem Stand die christliche Werbearbeit, die erst im Jahre 1899 einsetzte, einen Erfolg gehabt, wie man ihn selten verzeichnen kann. Die Mitgliederzahl, die anfangs des Jahres 1904 erst 8968 betrug, war bis Ende 1906 auf 38076 gestiegen. Man denke: allein in dem Berufe der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter haben wir jetzt einen Verband in Größe eines kriegstarken Armeekorps, arbeitsstarke Männer, die sich des Namens Christi nicht schämen. Allerdings ist es zunächst das gemeinsame Interesse, das sie zusammengeführt hat. Aber gerade im Bauarbeiterstand, wo man die „Christenbunde“ schmählt, ist der Beitritt oft genug ein Bekenntnis des Herzens, auch oft genug der Beginn eines Märtyrertums. Ich kenne sie, die Gestalten, die einmütig unter anderen gesimten Kollegen auf der Baustelle arbeiten; ich erinnere mich besonders eines solchen Mannes in Hamburg, der einst den besten Gedanken von Lassalle angefangen hatte, der aber nun mit Begeisterung in den christlichen Reihen stand. Die Leute haben viel auszuhalten, aber sie halten aus. Und ihr Werk erstarkt über Bitten und Versehen. Dabei ist es ein aus der Arbeiterchaft selbst herausgeborenes Werk, nicht von Angehörigen anderer Stände hineingetragen, und Arbeiter sind es, die es durch ihre Opfer erhalten. Wochenbeiträge bis zu 75 Pf. werden aufgebracht. Im Jahre 1906 war eine Einnahme von 642925 M. und eine Ausgabe von 568316 M. zu verzeichnen. Wir denken, auch diejenigen, die sie auf dem Lande lesen, werden diese Mitteilungen interessieren. Denn wie viele Maurer wandern aus dem Lande in die Stadt. Und es ist nicht sinnlos, wie wir es aus der östlichen Rheinprovinz wissen, daß die Väter zum Bunde der Landwirte Steuern, der sozialdemokratischen Flut zu wehren, und die Söhne, die in die Stadt als Maurer gehen, Steuern zum sozialistischen Zentralverband, um dieses sozialistische Verderben zu mehrern? Nein, wer irgend auf dem Lande einem Maurer einen guten Rat geben will, lasse sich vom Zentralverband christlicher Bauhandwerker, Berlin O., Rübendörferstr. 60, ein Flugblatt oder eine Nummer der „Baugewerkschaft“ kommen, und erbitte sich die Adresse der zuständigen Zunftstelle an dem Ort, zu dem der Maurer wandern will. Hier läßt sich viel fruchtbare Kleinarbeit leisten!

Die Mischungsverhältnisse des Betons.

Von Arnold Hoffde. Nachdruck verboten.

Wie man von einem guten Mörtel verlangt, daß jedes Sandkörnchen von einer dünnen Kalkhülle umschlossen werde, damit der Kalk den Sand zu einer plastischen Masse vereine, so muß man auch von einem guten Beton verlangen, daß der Mörtel jedes Steinbruch- oder Kieselstein bzw. jedes Kieskorn umschließe. Der Bedarf an Mörtel ergibt sich demnach aus der Größe des verwendeten Stein- bzw. Kiesmaterials; zu großen Steinbrüchen ist selbstverständlich weniger Mörtel erforderlich, als zu solchen geringerer Größe. Man hängt aber die Festigkeit des Betons im wesentlichen von der Dichtigkeit des Mörtels ab, und deshalb wird man diese, je nach der Beanspruchung des Betonkörpers, fetter oder magerer wählen bzw. eine größere oder geringere Menge von Zement zusetzen. Von dem Verwendungszweck ist aber auch die Arbeitsmethode größtenteils abhängig, und auch diese beeinflußt nicht wenig die Zusammenfassung des Betons. Für Wasserbauten wird z. B. ohne Anwendung von Formen oder Lehren der sogenannte Schüttbeton verwendet, während der Gußbeton als tragender Körper zwischen Lehren, andererseits aber auch als bloßes Füllmaterial zwischen tragenden Stein- und Eisenkonstruktionen verwendet wird. Beim Stampfbeton haben wir zu berücksichtigen, daß die Dichtigkeit durch die Stampfarbeit gesteigert wird, während der Gußbeton plastischer, flüssiger, klebriger sein muß.

So erklärt es sich, daß außerordentlich verschiedene Mischungsverhältnisse in Vorschlag gebracht werden, und daß die Baumeister und Ingenieure so verschiedener Artigkeit über die geeignete Zusammenfassung des Betons mit den einen oder anderen Zweck sind. Wir müssen uns vor allen Dingen vergegenwärtigen, daß das Steinmaterial, der verwendete Sand und der Zement von außerordentlich verschiedener Beschaffenheit sind, daß alle Verhältniszahlen eben nur einen ungefähren Anhalt geben vermögen. Hiemlich sichere Erfahrungssätze hat man nur bei Sand- und Kiesbeton gewonnen, die in umfassender Weise für Hafenbauten und zum Fundieren von Hochbauten Verwendung finden. Durch Versuche sind folgende Verhältnisse folgende Ergebnisse erzielt worden: Bei einer Mischung von 1 Teil Zement, 2 Teilen Sand, 4 Teilen Kies braucht man für einen Kubikmeter

Beton 280 Kilogramm Portlandzement und erzielt nach 28 Tagen eine Druckfestigkeit von 180 Kilogramm pro Quadratdezimeter; — bei 1 Teil Zement, 3 Teilen Sand, 6 Teilen Kies braucht man 185 Kilogramm Portlandzement für 140 Kilogramm Druckfestigkeit; — bei 1 Teil Zement, 4 Teilen Sand, 8 Teilen Kies 130 Kilogramm Zement pro Kubikmeter (120 Kilogramm Druckfestigkeit); — bei 1 Teil Zement, 5 Teilen Sand, 10 Teilen Kies 120 Kilogramm Zement pro Kubikmeter (95 Kilogramm Druckfestigkeit); — bei 1 Teil Zement, 6 Teilen Sand, 12 Teilen Kies 95 Kilogramm Zement pro Kubikmeter (80 Kilogramm Druckfestigkeit pro Quadratdezimeter).

Das sind die besten Mischungsverhältnisse, und die ermittelten Zahlen dürfen als ziemlich zuverlässig angesehen werden. Bei Bruch- oder Stempelstein lassen sich derartige Zahlen nicht mit solcher Sicherheit angeben; denn in diesen Fällen wird die Druckfestigkeit sehr wesentlich von der Beschaffenheit des Steinmaterials und der Bedarf an Mörtelstoffen sehr wesentlich von der Korngröße abhängen, welche aber bei Kies — wenn man die größten Kiesel ausschleibt — nicht so bedeutend variiert.

Es gibt ein einfaches Mittel, um den Bedarf an Mörtelstoffen für ein vorhandenes Steinmaterial zu ermitteln; es wird aber dann immer noch bei stark belasteten Stellen darauf ankommen, durch Proben die Festigkeit bzw. Tragfähigkeit der erzielten Mischung zu ermitteln. Man wird für den Versuch Proben des Bruchsteines verwenden, der am besten in der Umgebung zu beschaffen ist. Ein besseres Material ist unter Umständen aus größerer Entfernung zu beziehen, man wird aber immer kalkulierend müssen, wieviel man auf die Transportkosten oder überhaupt für das Steinmaterial verwenden darf, namentlich wenn es sich um Beschaffung großer Massen handelt. Man läßt sich von einem Bauarbeiter einen Kasten von einem Kubikmeter Inhalt herstellen, füllt nun den Kasten mit dem gut durchfeuchteten Bruchstein, den man zu Studen von solcher Größe hergeschlagen hat, die man für den vorliegenden Zweck ungefähr für geeignet hält. Nun gießt man Wasser in den Kasten, bis derselbe bis obenhin gefüllt ist. Das Wasser füllt natürlich alle Zwischenräume zwischen den Steinen aus. Gießt oder zapft man das Wasser nun ab und bringt es in ein mit Leinwand versehenes Maßgefäß, so hat man die Mörtelmenge, die für einen Kubikmeter erforderlich ist. Die Zusammenfassung des Mörtels richtet sich dann nach dem Verwendungszweck. Für sehr stark belastete Bauteile oder solche, von denen man eine große Wasserdrichtigkeit verlangt, wird der Mörtel aus 1 Teil Zement und

2 Teilen Sand zusammengesetzt. Das ist z. B. ein Mischungsverhältnis, wie es für die äußere Schicht von Staudämmen Anwendung findet. Dagegen bedient man 1 Teil Zement, 3 Teile Sand und 6 Teile Bruchsteine für die Hintermauerung dieser Dämme, 1 Teil Zement, 4 Teile Sand und 8 Teile Bruchsteine für größere Fundamentkörper usw. Die Anwendung des Probefassens ist namentlich dann geeignet, wenn man ermitteln will, wieviel Mörtel überhaupt erforderlich ist, um die einzelnen Steinstücke derart zu umhüllen, daß sie zu einem festen Körper miteinander verknüpfet werden.

Ueber die zum Anrühren der Betonmasse erforderliche Wassermenge ist viel gestritten worden. Lange Zeit herrschte namentlich bei Stampfbeton die Meinung vor, das Material sehr wenig anzufeuchten, so daß es gerade nur Erbsenfüßigkeit aufwies. Man sagte, es dürfe sich die Feuchtigkeit erst nach dem Stampfen des Körpers an der Oberfläche zeigen. Viele erfahrene Ingenieure setzen heute auch bei Stampfbeton doch noch etwas mehr Wasser zu, weil einmal dadurch die Stampfarbeit abgefürzt wird und die Zwischenräume zwischen den Steinblöcken besser ausgefüllt werden. Man hat häufig bemerkt, daß das knappe Bemessen von Wasserzusatz zu löcherigem Beton führt. Ueber selbstverständlich ist eine große Sorgfalt erforderlich, denn zu breit oder flüssig darf der Zement nicht werden, da er sonst von den Steinen abfließt und diese nicht umschließt. 1 Teil Wasser auf 3 Teile Zement soll in der Regel die geeignete Feuchtigkeit ergeben.

Alle diese Zahlen sind aber mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Ich habe gefunden, daß auch die Rauhheit und Porosität des Steinmaterials, der Grad der Trockenheit desselben usw. von großem Einfluß sind. Der Praktiker gewinnt aber doch mit der Zeit schon einen gewissen Blick dafür, um sich zu sagen, ob die Probekörper, die er natürlich zu diesem Zwecke mit Hammer und Meißel zerfalten muß, ungefähr dem vorliegenden Zwecke genügen. Er sieht es sogar dem Beton auf der Mischbank schon an, ob er zu plastisch oder zu mager ist — und er wird häufig das Mischungsverhältnis noch bei der Arbeit ein wenig ändern, wenn das Resultat seinen Erwartungen nicht entspricht. Minder erfahrene Techniker werden aber gut tun, bei Beginn einer größeren Ausfühung einen erfahrenen Betonfachmann zu Rate zu ziehen und sich nicht auf ihr eigenes Urteil zu verlassen, zumal auch die bewährtesten Rezepte sich nicht für alle Umstände als geeignet erweisen dürften.

### Briefkasten.

**Nach Göttingen.** Man hat professionelle Stänker, in solcher scheint Kuppe zu sein. Anstatt den Urheber der Verdingung anzugeben, verschänzt er sich weiter hinter anderen Ionen und erhebt neue Verdingungen hinzu. Was die Gelegenheit von Wilhelmshafen angeht, ist der Betreffende den letzten drei Jahren überhaupt nicht dagewesen. Ebenso hält sich die Sache mit Kassel und Hannover. Mit solchen Momenten sollte man kurzen Prozeß machen, denn sie schaden der Organisation nicht nur im allgemeinen, sondern vergriffen allem Lebes gewerkschaftliche Leben in den betr. Bahnbetriebsstellen.

**Unrechte.** Wenn die Streckunterstützung zum steuerlichen Entkommen herangezogen worden ist, so reicht das Reklamations ein. Diefelbe muß innerhalb vier Wochen gereicht sein.

**Nach Hamm.** Habe die betr. Angelegenheit nach Düsseldorf geschickt. Du erhältst Auskunft.

### Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 129 248 la auf Leonhard Becker, die Buch-Nr. 180 090 lautend auf W. von der Bahnhofsstelle Göttingen.

Infolge der Zentralisierung der Verwaltungsstellen abgeänderte Abrechnungsformulare notwendig geworden. Selben gelangen inf. der Wartenaufstellung vom 23. Juni zum Versand. Wer bis zum 29. Juni keine erhalten hat, dies dem Hauptkassierer sofort mit.

Des ferneren werden diejenigen Verwaltungsstellen, in mit der ersten Quartalsabrechnung noch im Rückstande sind, diese unverzüglich bis zum 23. Juni einzuliefern, and falls deren Veröffentlichung im Organ erfolgt.

Der Hauptvorstand,  
H. L. Jos. Wiebeberg.

### Vertammlungskalender.

Westhausen. Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr Mitgliedervertammlung im Verbandslokal bei Jos. Reiter.

### Storbekannt.

Am 24. Mai starb unser Mitglied Otto Kolge im Alter von 20 Jahren an Lungenerkrankung.  
Bahnhofsstelle Bochum (Sümmere).

Am 12. Juni starb unser Mitglied Karl Thiel im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung.  
Bahnhofsstelle Hochalbe.

Ehre Ihrem Andenken!

### Anzeigen-Teil.

**Wichtig! Verwaltungsstelle Sandeshut, Schl.**  
Montag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, im Verbandslokal außerordentliche Mitgliedervertammlung.  
Wegen der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht. Unorganisierte mitbringen!  
(1,00) Der Vorstand.

**Offenbacher Krankenkasse, Berlin.** (1,10)  
Montag, den 24. Juni, Vertammlung, Rüdersdorferstr. 4.

# Das Reich

Unabhängige nationale Berliner Tageszeitung für soziale Reform.  
Bezugpreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,25 M., monatlich 65 Pf., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 45 Pf., monatlich 14 Pf. mehr. Das Reich ist täglich 12 Seiten stark und bringt Sonntags eine reich illustrierte, 8 Seiten starke Unterhaltungs-Bilags. Probenummern versendet unentgeltlich. Die Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Köpenicker Straße 40.

### Einladung

zur III. Westdeutschen Konferenz der evangelischen Arbeitervereinsmitglieder und der evang. lischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Besondere Umstände haben uns veranlaßt, die nächste Konferenz schon am 23. Juni abzuhalten. Von gewisser Seite werden wieder einmal Anstrengungen gemacht, die Arbeiterschaft mit zweifelhaften Neugründungen zu beglücken, um durch die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung zu untergraben. Demgegenüber gilt es, für die Geschlossenheit der christlichen nationalen Arbeiterbewegung entscheidend einzutreten.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

- I. Konstituierung der Vertammlung.
- II. „Selbe Gewerkschaften.“ (Referent: Gewerkschaftssekretär Wilhelm Wallbaum-Bielefeld.)
- III. Freie Aussprache.
- IV. Die holländischen Arbeitervereine. (Referent: Sekretär Herrn. Rafflenbeul-Hilten.)
- V. Diskussion.

Da zwei sehr wichtige Thematata zur Verhandlung stehen, die eine eingehende Aussprache notwendig machen, so erwarten wir, sowohl aus evangelischen Arbeitervereinstreifen wie aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften, eine starke Beteiligung. Insbesondere werden die Vorstehenden und Beamten der Rheinisch-Westfälischen Verbandes und des Bochumer Verbandes der evangelischen Arbeitervereine, sowie die Leiter und Vorstände der Einzelvereine ebenso dringend wie freundlich eingeladen. Die Einzelvereine und die Bahnhofsstellen der christlichen Gewerkschaften bitten wir, Delegierte zu entsenden.

Die Vertammlung findet statt am 23. Juni, nachmittags von 2 Uhr ab im Evangelischen Vereinshaus in Essen-Süd am Hauptbahnhof.

Mit deutschem Gruß  
F. Behrend, Essen-N.  
M. d. R.  
Herrn. Rafflenbeul,  
Essen-Nord, Biehofstr.

Was auch dieser oder jener sagen mag, für uns ist die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine untrennbare Einheit. Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeitervereine müssen sich ergänzen. Die evangelischen Arbeitervereine haben ihr Jubelfest in Dortmund, der aufstrebenden Industriestadt Westfalens, gefeiert; „Das Reich“ hat eine Festnummer mit Beiträgen von H. Weber, Werführer: Härrig u. a. herausgegeben. Der Gesamtverband zählt jetzt 91.106 Mitglieder und wird, wenn das Wachstum so weiter geht, bald die Hunderttausend erreicht haben. Der Reichsverband und Graf Pokadowsky sandten Telegramme voll warmen Anerkennung; Fürst Bülow stellte fest, daß die Vereine auf ihre bisherigen Erfolge mit berechtigter Befriedigung blicken können und fügte hinzu: „Möchte als bester Lohn gelungener Arbeit den Arbeitervereinen neuer Mut und Kraft beschlehen sein zu ihrer hohen Aufgabe, das Wohl der Arbeiter auf das Gedeihen des großen Vaterlandes zu gründen.“ Das ist es, was auch wir vertreten: Arbeiterwohl und Vaterlandswohl gehen nicht auseinander, sondern fallen zusammen. Und dazu kommt dann noch eines: Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinne und nähme doch Schaden an seiner Seele. Die Arbeiterfrage ist nicht zuletzt eine Frage der Seele.

### Gerichtliches.

**Frankfurt a. M., 6. Juni.** Die Maurer Heinrich Georg, Georg Wahl, Friedrich Usinger und Anton Fischer gehörten dem Zentralverband der Maurer an. Sie arbeiteten im Juni v. J. an einem Neubau in der Feldstraße, wo auch der Maurer Banderlehrer, Mitglied unseres Verbandes, tätig war. Zwischen den vieren und dem Banderlehrer kam es zu Reibereien, weil die dem sozialdemokratischen Verband angehörigen Maurer den Kollegen schikanierten und ihn zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband aufforderten. Georg war der Vertrauensmann der übrigen Maurer und ging eines Tages mit deren Einverständnis zu dem Polier, dem er erklärte, wenn Banderlehrer noch weiter an dem Bau beschäftigt werde, so würden sie alle die Stellung verlassen. Dem Polier blieb nichts anderes übrig, als denselben zu entlassen, der dann dieselben auf Schadenersatz verklagte. Nunmehr griff die Staatsanwaltschaft die Sache auf und wurde gegen die vier Maurer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Anklage erhoben. Das Schöffengericht verurteilte nur Georg und erkannte auf eine Woche Gefängnis. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde das Urteil aufgehoben und Georg zu einem Monat, die übrigen Angeklagten zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Wir bedauern gewiß ein solches Urteil, am allermeisten die davon betroffenen Familien. Aber über die brutale Behandlung unserer Kollegen kennt, der sieht die Notwendigkeit ein, daß hier Exempel statuirt werden müssen. Wenn sie den Gewissen als abschreckendes Beispiel dienen, so kann dies nur in ihrem eigenen Interesse liegen.

### Rechtzeitig angemeldet!

Am 26. Dezember 1906 wurde in Gudaube nach zweifelhafte Tagung eine Vertammlung durch den Gendarmeriewachmeister Arens wegen Fehlens der polizeilichen Anmeldebefcheinigung aufgelöst. Der genannte Beamte erstattete Anzeige gegen den Vertammungsleiter, Wirt und sämtliche Redner. Die nächste Folge war: Strafmandate bis zur Höhe von 30 Mark an die Beteiligten. Diesen wurde zur Last gelegt: in einer Vertammlung öffentliche Angelegenheiten beraten und erörtern zu haben, ohne daß dieselbe 24 Stunden vor Beginn beim Amte angemeldet war. Wegen gegen § 1 des Vereins- und Vertammungsrechtes vom 11. März 1850. Die Anmeldung lief angeblich erst am 27. Dezember auf dem Amte vorstellig ein. Der Arbeitersekretär Gronowski aus Dortmund, der in der aufgelösten Vertammlung einen Vortrag hielt, gab an, die Anmeldung rechtzeitig besorgt zu haben. Er und die übrigen „Sünder“ beantragten daher gerichtliche Entscheidung. Es führte zu seiner Verteidigung u. a. an:

„Das Anmeldebefcheinigen habe ich an das Amt vorstellig am 24. Dezember 1906 mittags 12 1/2 Uhr zur Post gegeben. Diese Angabe wird durch den Poststempel auf dem Briefumschlag bestätigt. Er lautet: Dortmund 24. 12. 06 2-3 nachmittags. Gerichtsnotorisch ist, daß ein zur Post gegebener Brief ordnungsmäßig besorgt wird. Die Annahme, daß der Brief spätestens am 25. Dezember auf dem Amte sein mußte, war durchaus gerechtfertigt. Wenn das Amt vorstellig von der Anmeldung erst am 27. Dezember Kunde erhalten habe, so liegt die Schuld lediglich daran, daß das Amt seine Briefe von der Post abholen läßt, andernfalls die pünktliche Zustellung erfolgt wäre. Es sei Sache der Behörde, für die ordnungsmäßige Abholung der Briefe Sorge zu tragen. Die rechtzeitige Anmeldung war somit erfolgt. Das Fehlen der Befcheinigung ist aber nicht strafbar.“

Das Schöffengericht trat diesen Ausführungen nicht bei, sondern verurteilte G. zu 30 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis. Begründung:

„Am Tage vor Weihnachten sind die Bureaus der Behörde früher geschlossen. An den Feiertagen ist nur Vorjorge für Fälle getroffen. Der Angeklagte konnte daher persönlich, telephonisch, telegraphisch oder durch Eilbrief die rechtzeitige Anmeldung besorgen. Die Vertammlung dürfte nicht vor Erteilung der Befcheinigung eröffnet werden usw.“

Auf die eingeleigte Berufung hin, sprach das Landgericht zu Dortmund G. frei und legte der Staatskasse die Kosten auf. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.:

„Nach § 1 des Vereinsgesetzes ist die Anmeldung unter Angabe von Ort und Zeit 24 Stunden vor Beginn der Vertammlung erforderlich. Die Behörde ist über die Anmeldung sofort eine Befcheinigung zu erteilen. Die Erteilung einer solchen ist aber nicht Voraussetzung für die Abhaltung der Vertammlung. Die Befcheinigung wird ausgeschlossen durch die Tatsache der Anmeldung. Der Angeklagte war nicht verpflichtet, sie durch Eilbrief oder sonstwie, eine erhöhte Eiligkeit bietende Weise zu machen. Er konnte ohne Jahrsfrist annehmen, daß die Anmeldung zur rechten Zeit in die Hände der Behörde gelangen würde. Er durfte auf die Zuverlässigkeit der Post vertrauen und davon ausgehen, daß die Behörde pflichtgemäß auch an Sonn- und Feiertagen für eine Abholung der an sie gerichteten Poststücke Sorge tragen werde. Die Behörde mußte sich gewärtig sein, daß in der Wahlzeit gerade die Weihnachtszeit zur Abhaltung von Wahlvertammungen benutzt werden würde und demgemäß ihre Vorkehrungen treffen. Der Angeklagte hat somit alles getan, was von seiner Seite zur rechtzeitigen und ordnungsmäßigen Anmeldung der Vertammlung erforderlich war. Der Angeklagte durfte daher ohne sich strafbar zu machen, die Vertammlung abhalten und als Teilnehmer auftreten. Er ist unter Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils freizusprechen.“

Da die Staatsanwaltschaft auf eine Revision verzichtet hat, ist das Urteil rechtskräftig. Durch dasselbe ist die Sache der Angeklagten, die so lange angehängt wurde, faktuell erledigt.

Charakteristisch für die Befreiung des Strafmaßes und die sorgfältige Behandlung ist folgendes: Das erste Strafmandat

für Gronowski lautete auf 30 Mark. Dasselbe wurde vom Schöffengericht am 27. Februar bestätigt; am 28. Februar bekommt G. noch ein Strafmandat für dasselbe Vergehen, jedoch nur auf 15 Mark lautend!! Selbstverständlich hob die erste Instanz dies zweite Strafmandat auf.

Wenn erhält Deutschland ein einheitliches, der heutigen Zeit entsprechendes Versammlungsgesetz? Liberal ist es nicht, wenn jeder Polizist oder Gendarm das Recht hat, die Vertammlung aufzulösen beim Fehlen der Befcheinigung — auch dann, wenn die Vertammlung, wie im vorliegenden Falle ordnungsmäßig angemeldet ist. Darum fort mit solchen juristisch unzulässigen Vertammungen!

### Bauunfall.

**Groß-Wartenberg, 11. Juni.** Gestern brach infolge zu leichtem Baues und unvorsichtiger Benutzung des Baugerüsts an einem hiesigen Kaufmannshause zusammen. Vier Personen stürzten dabei auf das Straßenpflaster. Maurer Michael Müller fiel aus 4 1/2 Meter Höhe so unglücklich auf ein Kalkschiff, daß er sehr schwere Verletzungen des Rückgrats und der Gliedmaßen davontrug. Er mußte sofort in das Kreiskrankenhaus aufgenommen werden. Die übrigen Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon.

### Literarisches.

**Das Kinderschutzgesetz im Herzogtum Hessen.** Unter diesem Titel hat Herr Gewerberat Böcker im Auftrage des hiesigen Ministeriums einen Bericht herausgegeben über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes in Hessen. (Darmstadt, Staatsverlag.) Bei keinem Gesetz kommt es so sehr auf die Ausführung und Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen an, als beim Kinderschutzgesetz. Der erwachsene Arbeiter ist schon erheblich auf seine eigene Gesundheit und auf die zu seinem Schutze erlassenen Bestimmungen bedacht. Beim Kinde fehlt dieses Selbstinteresse völlig. Dem Ge- z wirken entgegen die Eltern, welche ihre Kinder für den Verdienst ausnützen wollen, und die Arbeitgeber, welche auf die billige Arbeitskraft spekulieren. Um so schwieriger ist hier die Aufgabe der Aufsichtsbehörde. Das Schriftchen von Gewerberat Böcker zeigt nicht bloß diese Schwierigkeiten, sondern führt überhaupt trefflich in die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen ein. Es ist deshalb zur Anschaffung für Arbeiter und Gewerkschaftssekretäre nur zu empfehlen.

**Das Protokoll der vierten Generalversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz** ist soeben erschienen. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Das Protokoll ist eine wertvolle Materialsammlung. Es unterscheidet sich von den landläufigen Protokollen dadurch, daß die wissenschaftlichen Referate über die behandelten Fragen ausführlich wiedergegeben sind. Außerdem enthält dasselbe den Bericht über die Tätigkeit der internationalen Vereinigung sowie der einzelnen Landessektionen und, worauf ganz besonders aufmerksam gemacht werden soll, den Bericht über die Tätigkeit des internationalen Arbeitsamtes in Basel. Auf dem letzten Kongreß sind folgende Fragen behandelt worden: Die Frage der industriellen Gifte, Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter, Maximalarbeitszeit, Heimarbeit, Verticherung ausländischer Arbeiter, Durchführung der Arbeiterbeschulung usw.

**Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeiter.** Unter diesem Titel ist in dem Hirsch-Dunderschen Verlag des Hiesiger Ausbreitungsverbandes eine Broschüre erschienen, die der Gewerbeinspektör Ferdinand Appel als Verfasser zeichnet. Die Broschüre ist als ein widerliches Kulturkampfmittel geparkt mit einer graufigen Vogt, anzusehen. In übertrieben katholischen Bezirken, in denen noch Hirsch-Dundersche Gewerksvereine in Frage kommen, dürfte die Broschüre, an die Herren Pastoren und Gewerksvereine verteilt, für sich selbst — agitieren!

**Das Reformblatt für Arbeiterverticherung.** Herausgeber: Professor Hans Geelmann, Mitglied des Vorstandes der Landesverticherungsanstalt Odenburg, erscheint zweimal monatlich unter Mitarbeit erster Autoren und berichtet über die Fortschritte der Arbeiterverticherung in allen Kulturstaaten. In der Rubrik „Arbeitsverticherung“ wird das gesamte auf die Reform bezügliche Material gesammelt, so daß die Letztüre des Reformblattes für alle Sozialpolitiker, die sich mit diesem wichtigen Problem beschäftigen, unentbehrlich ist. Abonnement 3,50 M. pro Halbjahr. Probenummern gratis und franco vom Verlag des Reformblattes Frankfurt a. M., Hochstraße 41.

**Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben.** Dieses Thema wurde bekanntlich in Kollegen Giesbers auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Breslau behandelt. Der Kongreß beschloß, das Referat in Broschürenform herauszugeben. Soeben ist diese Broschüre erschienen. Das Referat ist in derselben, durch die in der Diskussion hervorgetretenen wichtigeren Gesichtspunkte, sowie durch ein umfangreiches Nachwort erweitert worden. Es stellt daher eine handliche Broschüre von 56 Seiten dar. Die Broschüre kostet im Buchhandel 50 Pfennig. Für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wurde eine Massenausgabe hergestellt, die zu 15 Pfennig verabsolgt wird.

Jedes Mitglied der christlichen Gewerkschaften sollte sich ein Exemplar beschaffen, da dies die erste Schrift ist, die als Erläuterung des Programms der christlichen Gewerkschaften angesehen ist. Die Broschüre ist nach folgenden kleinen Kapiteln disponiert.

I. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Vertickterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihre Ursachen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins. Ist das Christentum ein fremdes Element in der Arbeiterbewegung. Unsere Stellung zu den laich. Fachabteilungen. Die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterbewegung.

II. Die christlichen Gewerkschaften in der Volkswirtschaft. Ursachen des Streiks. Die Entwicklung der Lohnarbeit in der Volkswirtschaft. Die Gewerkschaftsbewegung ist kein Hindernis für Fortentwicklung der Volkswirtschaft. Zusammengehen der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die wirtschaftlichen Hindernisse für eine friedliche Entwicklung der Volkswirtschaft.

III. Die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Unpolitische Charakter der christlichen Gewerkschaften. Stellung zur Agrarfrage. Die Landarbeiterfrage. Die Notwendigkeit der politischen Vertickterung der christlichen Arbeiter. Schlüsse der christlichen Gewerkschaften. Schluß.

IV. Ein Nachwort. Die christlichen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Christliche Grundzüge. Das holländische Pastoral- Arbeitervereine und Gewerkschaften. Der Streik.

Die Broschüre kann durch die Buchhandlung des Generalsekretärs vom Bahnh. 24 bezogen werden. Bei Abnahme von größeren Posten entsprechender Rabatt.